

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Kommunikationspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Beilage),
bei Aufzehrung unter Kreisverbund M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stasink, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
Leib in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Weißbinderhof 56.

Schluß der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreieckshälfte über deren Raum 30 A.

Wissen ist Macht! Bildung führt zur Freiheit!

Inhalt: Verkehrte Welt. — Politische Umfrage. — Wirtschaftliches Rundschau. — Oberschleißheim. — Maurerbewegung:treits, Ausprägungen, Maßregelungen, Differenzen. Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes. Bekanntmachungen des Gauvorstandes. Jahresberichte des Gauvorstandes: Nürnberg. Berichte aus der Berliner Maurerbewegung. Der Wahrheit die Ehre. — Central-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschuh, Subsistenzionen etc. — Aus anderen Berufen. Aus christlicher Weltstatt: Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingangsschriften. — Briefschriften. — Streitabrechnungen. — Anzeigen.

Berkehrte Welt.

Unzertrennbar mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem verbunden ist die Massenarbeitslosigkeit als permanente Erscheinung. Die Entwicklung dieses Systems durch die Fortschritte der Technik bringt es mit sich, daß sogenannte industrielle Reservenarmee leben. In jedem Lande der modernen Kultur, wo der Kapitalismus das ganze wirtschaftliche, soziale und politische Leben beherrscht, werden viele Tausende und Hunderttausende von Arbeitern, weil ihre Arbeitskraft „überflüssig“ ist, aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet und damit dem äußersten Elend mit all ihren schlimmen Konsequenzen überantwortet.

Für die genaue Feststellung des Umfanges bezw. der Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist bis jetzt in keinem Kulturreich die erforderliche Einrichtung getroffen. In diesem Punkte ist die offizielle Statistik unerhört zurückständig. Sie stellt nur genau mit, wie viele Menschen geboren werden, erkranken und sterben; wie viele als Sünden wider die Gesetze der Strafjustiz verfallen; sie hat auch angefangen, die Zahl der Streiks und der streiken Arbeiter-feststellungen und die Schädigungen, die dem Wirtschaftsleben daraus erwachsen, zu berechnen. Aber wie viele Proletarier nicht im Stande sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um sich und ihrer Familie den nötigen Unterhalt zu erwerben, das erfahren wir von ihr nicht. Und weshalb nicht? Man kann nicht behaupten, daß einer regelrechten offiziellen statistischen Feststellung der Arbeitslosigkeit „unüberwindliche Hindernisse“ im Wege stehen. Sie ließe sich mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisationen ohne sonderliche Schwierigkeiten vornehmen. Aber die klassenstaatlichen Gewaltalten gehen nicht gern an eine Aufgabe heran, deren Erfüllung eine der schlimmsten Wirkungen des kapitalistischen Systems in ihrem ganzen schrecklichen Umfangen zu erhalten gebietet. Und mit den gewerkschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten, dazu kann sich ab ordnungspolitische Regiment ganz und gar nicht verehren; denn das heißt ja, diese Organisationen zu trennen, was ja bekanntlich dem reaktionären, staatsverherrlenden Geiste widerspricht.

So ist man denn im Punkt der Arbeitslosigkeit vorwegweis auf die selbstverständliche nicht erschöpfenden Feststellungen der gewerkschaftlichen Organisationen und auf mehr oder weniger ungenaue allgemeine Schätzungen angewiesen.

Kürzlich hat der „Standard“ den Versuch gemacht, die Zahl der Arbeitslosen in England und den Schaden für die Volkswirtschaft, den diese Zahl bedeutet, zu schätzen. Erleichtert wird dort ein solcher Versuch durch die Ausweise der Gewerkschaften, die fast alle Arbeitslosenunterstützung gewähren. Aus diesen Ausweisen ergibt sich, daß im Durchschnitt 4,6 prozent der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos sind. Der „Standard“ führt aus:

„Da die Gewerkschaften die höchst-qualifizierten Arbeiterzüchtungen umfassen, kann man annehmen, daß der

Prozenttag der Arbeitslosigkeit unter den nicht organisierten Arbeitern mindestens doppelt so groß ist, also 9 bis 10 prozent. Bringt man den ungefähr 10 000 000 Menschen, die in England von der Lohnarbeit leben, gehören 2 000 000 Gewerkschafter an, während 8 000 000 nicht organisiert sind. nimmt man für die ersten 4,6 prozent und für die letzteren nur 9 prozent, als die Jahresdurchschnittsziffer der Arbeitslosigkeit an, so ergibt sich, daß jahraus jahrein 92 000 Gewerkschafter und 720 000 Nichtgewerkschafter arbeitslos sind. Beide Kategorien stellen mit ihren Familien eine Verdopplungszahl von 2 842 000 vor. Dazu muß man rechnen, daß die Zahl der arbeitsfähigen Personen, die Lohnunterstützung genießen, im letzten Jahre, über 128 000 betrug, wovon mindestens ein Teil wegen Mangels an Arbeit der öffentlichen Wohlfahrtseinrichtung anheimfällt. Ferner ist nicht zu übersehen, daß ein großer Teil der englischen Armee aus Arbeitslosen besteht, d. h. aus Leuten, die, weil sie keinen Erwerb finden können, sich anwerben lassen. Aber selbst, wenn man davon absieht, und das auf die oben gegebenen Ziffern der Arbeitslosen bezieht, d. i. 92 000 für Gewerkschafter und 720 000 für Nicht-Gewerkschafter, und wenn man für die ersten einen Durchschnittslohn von M. 35 wöchentlich und für die letzteren einen solchen von M. 25 annimmt, so ergibt sich der Lohnverlust dieser 812 000 nicht beschäftigten Arbeiter auf M. 1108 440 000 pro Jahr. Der Verlust an Produktivkraft läßt sich gar nicht abschätzen; aber man kann sich ein Bild davon machen, wenn man erinnert, daß die ganze englische Baumwoll- und die ganze Wollindustrie zusammen nur ungefähr 770 000 Arbeitskräfte beschäftigt. Man kann also sagen, daß der Verlust, den diese 812 000 Arbeitslosen England bereiten, vielleicht größer ist, als der Verlust, der aus dem vollständigen Untergange der englischen Baumwoll- und Wollindustrie erwachsen könnte. Die Zahl der englischen Arbeitslosen ist um 80 prozent größer, als die stehende Armee Deutschlands.“

Neben 800 000 „regelrecht“ Arbeitslose nur in England! Da in anderen Ländern, in Deutschland, Frankreich, Belgien, Nordamerika usw. ungefähr dasselbe Verhältnis obwaltet, so trifft die Annahme zu, daß sich die Zahl der Arbeitslosen in allen Kulturreichen auf einige Millionen beläuft. Das heißt: diese große Zahl von Menschen vermag nicht, die Existenz durch Arbeit zu fristen. Sie ist den schlimmsten Entbehrungen, dem Mangel am nötigsten, dem Hunger, dem derrücktesten Elend überantwortet.

Diesen Zustand nennen die Verteidiger des kapitalistischen Wirtschaftssystems eine „normalen“ Zustand. „Es ist eben nicht anders und kann nicht anders sein“, sagen sie. „Die Arbeiter müssen sehen, wie sie sich damit abfinden.“ Und der Klassenstaat tut so gut wie nichts, dem schrecklichen Unheil entgegenzuwirken, es zu mildern. Zur Pflicht einer regelrechten, vernünftigen Arbeitslosenfürsorge will er sich, aus Furcht vor den materiellen Opfern und aus Furcht, „dem demokratischen Sozialismus Konzessionen zu machen“, nicht bekennen. Vielleicht, daß er, wenn das Elend der Arbeitslosigkeit eine ungewöhnliche Höhe erreicht, zu der völlig unzulänglichen Praxis sogenannter Röstantarbeiten greift. Im übrigen sind die arbeitslosen, hungrigen Proletarier an gewiesen auf entwürdigende und entehrnde Armutunterstützung, die allerdings auch kaum vor dem Verhungern schützt. Über der Arbeitslosen verfällt, um sein Leben zu erhalten, dem Bettel, der Bagabundance, dem Verbrechen und damit als Auswurf der menschlichen Gesellschaft“ der sogenannten strafenden „Gerechtigkeit“, die ihm schließlich Unterhalt und Unterhalt im Arbeitsraum, im Gefängnis, im Buchthause gewährt. Auf diese Weise ist dann dem Begriff der klassenstaatlichen „Ordnung“ und „Moral“ Genüge geleistet. An Gesetzen, Polizei und Gerichten, sowie an Staatsanstalten dazu fehlt es nicht. Und wenn die Polizei- und Justizials nicht ausreichen, so erhöht man sie.

In der „Frage“ der Arbeitslosigkeit und deren Bekämpfung tritt von den monströsen sittlichen und rechtlichen Widersprüchen, an denen die klassenstaatliche Gesellschaft leidet, ein gut Teil sehr scharf zur Tage. Der Staat, die Gesellschaft, ihre Schule, ihre Kirche, ihre Gesetzgebung erklären die Arbeit als eine „sittliche Pflicht“. Die herrschenden Stände und Klassen setzen und schreiben über die Unzugänglichkeit der Faulheit — natürlich nur dann, wenn sie von armen, verwaisten Proletariern geübt wird, während die bessere und beste Gesellschaft für sich ein „Recht auf Faulheit“ in Anspruch nimmt, d. h. das Recht, von den Früchten der Arbeit anderer das Leben zu genießen. Den Arbeitsbeschauen — sofern er arm und ein Proletarier ist — bedroht das Gesetz mit Strafe und polizeilichem Zwang zur Arbeit. Schon mancher „Vagabund“, dem es beim besten Willen nicht möglich war, Arbeit zu erhalten, hat die Anwendung dieses Gesetzes völlig zu Unrecht erfahren. Fordern die Arbeiter Verkürzung der Arbeitszeit und höhere Löhne, um sich ein etwas menschenwürdigeres Dasein bereiten zu können, streiken sie gar, um ihren berechtigten Forderungen Nachdruck zu geben — so fällt das Unternehmerium und die Ordnungspolizei über sie her, beschimpft sie als „unbotmäßige, entartete Subjekte“, die „keine Lust zu ehrlicher Arbeit haben“, vielmehr „Prämien auf Faulheit“ erlangen wollen. Und man rechnet aus, was durch versklavte Arbeitszeit, höhere Löhne und Streiks der kapitalistischen Wirtschaft an „Werten verloren geht“.

Welch abgrundtiefe Heuchelei! Darüber regt man sich nicht auf, daß Hunderttausende permanent mit ihrer Arbeitskraft brach liegen müssen, daß sie auf dem Arbeitsmarkt keine Käufer für ihre Ware Arbeitskraft finden. Der Kapitalismus bedarf der Werte gar nicht, die die Arbeitslosen schaffen könnten; er kommt auch so auf seine Rechnung. Und so ist reich! Es liegt im Interesse des kapitalistischen Ausbeutungssystems, daß den beschäftigten Händen möglichst viele unbeschäftigte gegenüberstehen; denn letztere dienen zum Druck auf die Löhne und die Arbeitsbedingungen überhaupt. Schier unermöglich sind die wirtschaftlichen Neuheiten, die die vom Kapital beherrschte Arbeit unausgesetzt schafft. Ihre Erzeugung ist nach der kapitalistischen Tendenz notwendig gebunden an ein Produktionsystem, das mit möglichst wenig Arbeitskraft einen möglichst hohen Unternehmensprofit erreichbar macht. Also hat es im Hinblick auf das kapitalistische Interesse recht eigentlich gar keinen Sinn, auszurechnen, wie viel Verluste, in Geld ausgedrückt, sich für die Produktion, aus der Massen-Arbeitslosigkeit ergeben. Unter diesem Gesichtspunkte wird das Kapital der Arbeitslosigkeit niemals nahe treten. Wohl aber kann man diesen Verlust kritisch ins Auge fassen, um darzulegen, welch reichen Segen für alle ehrlich Arbeitenden eine dem privalkapitalistischen Anarchismus entzogene, eine gerecht und vernünftig geordnete Produktion, in der jeder seinen Platz ausfüllen, seine Kräfte und Talente der Gesellschaft nutzbar zu machen im stande ist, spenden könnte.

Die kapitalistische Welt ist eine verkehrte Welt, die mit sich selbst beständig im Konflikt liegt. An ihren inneren Widersprüchen wird sie zu Grunde gehen. Und eine andere Welt, eine neue Gesellschaft wird kommen — die sozialistische, die das Recht der Arbeit, das Recht der arbeitenden Massen zum menschenwürdigen Dasein als Konsequenz der Pflicht zur Arbeit zur praktischen Geltung bringt!

Politische Umschau.

Durch die Presse geht die Nachricht, daß der **Bundestag** nicht weniger als fünf wichtige Beschlüsse des Reichstages, die von diesem zum Teil mit heraus großer Mehrheit gefaßt worden waren, in einer einzigen Sitzung einfach annulliert habe. Es handelt sich dabei um Fragen, die im letzten Jahre in der deutschen Regierungsfamilie sehr aufgereggt diskutiert worden sind, und die Entscheidungen, die der Reichstag gefaßt hatte, waren nichts anderes gewesen als der Niederschlag der Volksstimme, die, wäre sie in direkter Abstimmung zum Ausdruck gekommen, wahrscheinlich noch viel klarer zu Tage getreten wäre, als in dem Votum der parlamentarischen Vertreter. Zwei dieser annullierten Beschlüsse beschäftigten sich mit dem verhängten Militärtatgefech, dessen Reform als dringend notwendig erkannt worden war, namentlich in der Richtung, daß die Mindeststrafen, die auf Vergehen gegen die militärische Unterordnung gelegt sind, eine erhebliche Herauslösung erfahren sollten. Ein dritter Beschuß forderte — nicht zum ersten Mal — den Erlass eines Vergesetzes durch das Reich. Von minderer Bedeutung, wenn auch durchaus nicht unwichtig, waren zwei weitere Beschlüsse, die dahin gingen, daß den Untersuchungsgefangenen unterschiedlos das Recht auf Selbstbefreiung zugestanden werden, und daß an Stelle der einzelaufstätigen Auslieferungsvereinbarungen mit Russland ein gemeinsamer Rechtsvertrag treten solle. Alle diese Beschlüsse sind von den verbündeten Regierungen mit einem einfachen Federstrich beseitigt worden!

In jedem modernen Staatswesen würde eine solche Überspannung des Ablehnungs- oder Abstreits, mag es nun von einer ersten Kammer oder von einem Staatsoberhaupt gelöst werden, unmittelbar einen Sturm der Volksleidenschaft hervorruhen und am letzten Ende zu einer Beseitigung dieses odiosen Rechtes führen. Dieser Vorgang, obgleich er für deutsche Verhältnisse weder neu noch unerhört ist, findet seinesgleichen nicht in der europäischen Verfassungsgeschichte, und wird nirgends in der Welt Nachahmung finden. Nur in Deutschland war es möglich, wo der Föderalismus und das allgemeine Reichstagswahlrecht bloße Illusionen sind, hinter denen sich der großpreußische Absolutismus nobilitärtig verbirgt. So lange der deutsche Reichstag nicht den Willen zeigt, ein wirkliches europäisches Parlament zu werden, so lange es ferner nicht einer elementar hervorbrechenden Volksbewegung gelingt, die Macht der paritätischen, vor allem der preußischen Nation zu zerbrechen und die deutschen Einzelstaaten zu parlamentarisch regierten Ländern des gleichen Wahlrechts umzugestalten, so lange wird auch jener schändliche und beschämende Zustand erhalten bleiben!

Seit zirka 100 Jahren wird in Preußen ein Gesetz zur Regelung der Schulverhältnisse in Aussicht gestellt. Niemals kam es. Nun soll angeblich das Schulunterhaltungsgesetz das 100jährige Verprechen einlösen. Aber der erste flüchtige Blick überzeugt, daß es das nicht tut. Ein Schwigesetz, wie das in Erwartung gestellt, mußte eine Reform an Haupt und Gliedern bringen. Nichts von alledem im vorliegenden Gesetzentwurf.

Die Grundlage aller modernen Volkschulpflege ist die Städteordnung von 1808. Während bis dahin das Allgemeine Landrecht die Schulen, auch die städtischen, als Staatsanstalten (sie waren freilich auch dann) deklarierte, schuf die Städteordnung die Volkschulen der Städte in reine Kommunalanstalten um, die von der Kommune errichtet, erhalten und in allen inneren wie äußeren Angelegenheiten selbstständig verwaltet werden sollten. Dem Staat wurde nach Sinn und Wortlaut der Städteordnung nichts als die Oberaufsicht auch über diejenigen, die über die anderen Zweige der kommunalen Selbstverwaltung, und auch in demselben Maß wie über andere Zweige, referierten. Insbesondere waren danach die städtischen Schuldeputationen rein kommunale Organe gleich allen anderen Verwaltungsdéputationen, die städtischen Lehrer Gemeindebeamte, auch die Schulinspektion eine Funktion allein der Gemeinden. Selbst das Beauftragungsrecht der Wahlen zur Schuldeputation lag danach ausschließlich in den Händen des Magistrats. Auch die gelehrten Schulen sowie die königlichen Elementarschulen wurden kurz danach für eine Reihe von Städten der städtischen Kompetenz unterstellt. Volkschule war gänzlich Gemeindeangelegenheit.

Im Laufe fast eines Jahrhunderts ist durch Instruktionen, Resscripts, Verordnungen, Eklärungen, Erlasse, Mitteilungen, Denkschriften und Vorschriften aller Art, die freilich wieder ganz oder teilweise für längere oder längere Zeit durch Proteste, Petitionen, Beschlüsse, Beschwerden, Vorstellungen, Verhandlungen, Kompromisse der Kommunen aufgehoben und aufgehoben, fortgesetzt und ergänzt wurden, heutzutage erreichbar, daß nur noch Trümmer städtischer Selbstverwaltung auf dem Gebiete der Volkschule vorhanden sind. Die tatsächlich Verwaltung aller inneren wie äußeren Schuleangelegenheiten, hat heute der Staat wieder in der Hand; die Kommune ist nur zählabendes und ausführendes Organ. Die Schuldeputationen gelten längst als Teile der Schulaufsichtsbehörde. Noch vielmehr ist die Schulinspektion eine Funktion des Staates. Ebenso über der Staat sein. Befähigungsrecht für die Schuldeputationen aus. Die Gemeindelehrer sind nicht bloß mehr Gemeinde, sondern gelten in erster Linie als Staatsbeamte, sogenannte „mitteldbare“, wie der prächtige Ausdruck heißt. Nur in einem wichtigen Punkte war der Erfolg noch nicht völlig: der Zustand berührte nur auf dem doch sehr schwankenden Boden vieler, sich dazu noch vielfach widersprechender und aufsehender Ministerialerlaß. Und diesen leichten und hauptsächlichen Mangel soll nun endgültig, klipp und klar, dabei lücken- und bedingunglos, das neue Schulunterhaltungsgesetz abschaffen.

Den Kommunen bleibt nichts als die Aufbringung der Mittel überlassen. Die Kreisinspektoren sollen Staatsbeamte sein. Die Wahl der von der Gemeinde bestellten Deputationsmitglieder be-

darf der Befähigung der Schulaufsichtsbehörde, welche Bestätigung jederzeit widerruflich ist. Die Lehrer und Lehrerinnen stellt häufig allein die Schulaufsichtsbehörde an, die Gemeinden haben nur ein Vorschlagsrecht, das erlischt, wenn auch dem zweiten Vorschlag das Abgeprägt wird. Und damit die Behörde gänzlich unabhängig bei allen Anstellungen verfahren kann, wird ihr das Recht eingeräumt, den gegen den Vorschlag des Berechtigten angestellten Lehrkräften die Umlaufkosten aus der Staatssatz zu vergüten. Alle bisherigen Rechte zur Ernenntung, Anstellung, Berufung, Wahl oder Präsentation von Lehrern und Lehrerinnen werden ohne allen Unterschied aufgehoben. Über Bildung, Förderung und Auflösung der Schulverbände beschließt die Behörde. Desgleichen über die bei solchen Verbundenen wendigen Auseinandersetzungen über das Vermögen usw.

Ferner enthält der Entwurf Bestimmungen über die konfessionellen Verhältnisse. Der gesamte Unterricht soll in der Regel evangelischen Kindern durch evangelische Lehrer, katholischen Kindern durch katholische Lehrer erbracht werden. Bei der Besetzung der Lehrstellen entscheidet die Konfession der Mehrheit der Kinder über die Konfession des anzustellenden Lehrers; wechselt jene im Laufe des Jahres, so auch die der Lehrer, das heißt der Lehrer selbst. Die bestehenden Simultanstudien sollen erhalten werden; wenn aber 80 oder 120 Kinder der anderen Konfession beitreten, müssen (mit Ausnahme von Rosen, Westpreußen und Nassau) aus der einen Simultanstudie zwei Konfessionschulen gemacht werden, wenn es die Beteiligten verlangen. Wenn aber die Gründung einer neuen Simultanstudie unterliefert wird, ist keine Hilfe gegen das Verbot möglich.

Der Sieg der Konfessionschule bedeutet den Sieg der Kirche. Zentrum und Konkurrenz sind in Preußen Trümmer und haben die Regierung, die die Schulverwaltung in der Hand. Hinter dem Zentrum steht die katholische, hinter den Konkurrenten die evangelische Kirche. In der Schulverwaltung, aber, sei es die Schulinspektion, Schuldeputation oder dem Schulvorstande, läuft noch obendrein die Geistlichkeit, als die privilegierten Deputierten der Kirche, als Vertreter ihrer Macht und Interessen, ohne sie kann längst nichts, mithin und nach ihnen allein muß alles geschehen.

Das neue Jahr hat in Preußen mit einem bedeutsamen miniflerischen politischen Akt begonnen. Es handelt sich um die Einführung des neuemündigen Arbeitstages in Staatsbetrieben. Amtlich wird darüber gemeldet:

„Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat die tägliche Arbeitszeit in den Haupt- und Nebenwerftätern der preußisch-hessischen Staats-eisenbahnenverwaltung auf neun Stunden herabgesetzt. In den Eisenbahnverwaltungsbezirken ist die Eisenbahnverwaltung nicht beabsichtigt, die Verkürzung der Arbeitszeit durch Verminderung des Lohnes zu kompensieren“. Sollte dies beabsichtigt, so würde sie wahrscheinlich nicht den betroffenen Interessen der Arbeiter entsprechen. Es würde im Gegenteil eher eine Erhöhung des Lohnes neben der Verkürzung der Arbeitszeit geben sein, und zwar speziell in Südwürttemberg auf die Leistung der Lebensmittel. Eine sozialpolitische Ablösung müßte man eben nennen, wenn die Arbeiter gewollt hätten, für die Verkürzung der Arbeitszeit eine Verminderung ihres Verdienstes sich gefallen zu lassen.

Aber abgesehen davon liegt in der Verfüzung des Ministers eine Rechtfertigung der Verstrebungen in der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation und der sozialdemokratischen Partei, die bekanntlich stets in erster Linie mit auf die Arbeitszeitverkürzung gerichtet gewesen sind. Deshalb haben sie von Seiten der „staatsbehinderten“ Elemente schwere Anfechtung erfahren, und genaue Kämpfe mit dem Unternehmertum hat die organisierte Arbeiterschaft zu bestehen gehabt. Es ist ihnen gelungen, nicht unbedeutende Erfolge zu erzielen, weil Arbeitertreiten den neuemündigen Arbeitstag zu erringen. Ja, in nicht wenigen Betrieben ist bereits der achtstündige eingeführt worden. Welche Errungungen die preußische Eisenbahnverwaltung bestimmt haben, nunmehr aus freier Initiative die Herausbildung der Arbeitszeit auf neun Stunden zu verfügen und damit den Achtfunderttag nahe zu kommen, ist bis jetzt nicht bekannt geworden. Ihren wahren Wert geminiert jedoch eine Reform erst dann, wenn sie durchaus bestimmt wird von humanitären und kulturellen Ideen und Absichten.

Es wird darauf gebeten werden, daß die verkürzte Arbeitszeit absehbar auch in den übrigen Direktionsbezirken eingeführt wird, und daß ihrer auch die auf den Bahnhöfen und Strecken beschäftigten Beamten und Unterbeamten folgen. Diese durchweg noch eine übermäßig lange Arbeitszeit haben teilhaftig werden.

Noch viel, sehr viel ist der Staat seinen Arbeitern und Beamten schuldig, so hauptsächlich auch die Gewährung des Kollisionsrechtes. Wie der Staat dieses Recht seinen Arbeitern und Beamten illusorisch macht, so ahnen diese nicht schärfer genug, um verurteilende Praxis und städtische Verwaltungen nach. So hat der „freisinnige“ Ober-

bürgermeister von Breslau, Dr. Bender, auf die Sprecher einer Deputation städtischer Arbeiter, die ihm ein Gesuch um Steuerungszulage vorlegte, entlassen! Kann es eine empörendere Niedlichkeit und Ungerechtigkeit geben?

Unermüdlich sind die Schriftsteller am Werke, auf die Regierungen und die herrschenden Parteien dahin einzutunen, daß sie sich „ermannen“ zu einer ausnahmegerichtlichen Vergewaltigung der Arbeiterorganisation und der Arbeiterklasse. Der Oberschiffsmacher und Geschäftsführer des Generalverbandes deutscher Industrieller, Herr Bued, fordert in der „Deutschen Industrie-Zeitung“ den Reichslandrat auf, es nicht bei Worten gegen die „immer revolutionären und herausfordernden gewordenen“ Sozialdemokratie beenden zu lassen, sondern zu „entscheidenden Taten“ überzugehen. Windstoss eine neue Buchausgabe fordert Herr Bued.

In der „Deutschen Tagesszeitung“, dem Organ des Bundes der Landwirte, stimmt Herr Schmalz, Generalmajor a. D., ein Staged über „Politische Brutalisierung“ an. Er schreibt:

„Auf der sehr großen Versammlung aller Arbeitsstellen und Werkstätten wird ein Nichtsozialdemokrat über Haupt nicht gebüdet. Unter Androhung der sofortigen Arbeitseinstellung werden die Arbeitgeber von den Arbeitern zur Entlastung ihrer nichtsozialdemokratischen Kollegen gezwungen. Aber auch kleinere, finanziell nicht starke Unternehmer müssen gegen ihre Überzeugung, der sozialdemokratischen Partei, selbst beitreten.“

Herr Schmalz erzählt folgendes Beispiel:

„Ein kleiner, konservativ gesinnter Bauunternehmer hatte seit Jahren große Schwierigkeiten, Arbeiter zu finden. Jetzt ist er gezwungen worden, daß heisse sozialdemokratische Parteiblatt zu halten und auf Parteitafeln regelmäßige Beiträge zu zahlen, da sich nur unter diesen Bedingungen Arbeiter fanden zur Ausführung eines von ihm übernommenen Baues.“

Ramen und Wohnort dieses „unglüdlichen“ Unternehmers nennt Herr Schmalz nicht. Wer wird ihm dieses Geheimnis glauben? Was er über sozialdemokratischen Terrorismus sagt, ist ja bestimmt nichts Neues; es ist eine alte gehässige, tendenziöse Wahrheit. Nicht die Sozialdemokratie machen sich politischer Brutalisierung schuldig; sondern die „staatsbehinderten“; diese Brutalisierung gehört zu ihrem System der „Ordnungspolitik“. A propos Man merkt sich folgendes Stück: „päffischer Terrorimus“: Jüngst ging durch die badische liberale Presse die Meldung von einem besonders schlimmen Fall des Mißbrauchs des geistlichen Amtes zu politischen Zwecken: Pfarrer Schäfer von Lipplingen hatte der Frau des Polizeidieners die Kommunion verweigert, weil ihr Mann den national-liberalen „Nellenburger Boien“ ausdrücklich widerrief. Mußten Leute die ultramontainen Blätter den Vorfall einfach ab und bezichtigen die liberale Presse der Lüge. Jetzt muß aber der allgemeine Herr Geistliche Rat Wadé selbst zugeben, daß die Meldung auf Wahrheit beruht! Die Antwort darauf haben 148 Bürger von Lipplingen gegeben, indem sie eine Erklärung veröffentlichten, wonach sie sich verpflichten, sich den Bergemalungen des Pfarrers Schäfer dadurch zu entziehen, daß sie nicht mehr in die Kirche gehen, so lange dieser Herr Gottesdienst hält.“

So sollten es die Arbeiter auch machen, wenn pfäffischer Terrorimus Kanzel oder Weihstuhl missbraucht gegen ihre Betreuung an der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung, die dem Klerikalismus nicht in den Kram paßt.

Es freut uns, hieran die Mitteilung über einen evangelischen Pastor knüpfen zu können, der den Mut gehabt hat, den sogenannten „Streiterortismus der Sozialdemokratie“ öffentlich zu verteidigen. Es ist dies der Pfarrer Sammler aus Berlin, dem Octo. vor bekanntlich vor zwei Jahren der gewaltige Kampf in der Legitilindustrie ausgefochten wurde. Er schreibt in dem neuen sauerländischen Kindernblatt u. a.:

„Dem Arbeiterstande bleiste tatsächlich als ultimata ratio nichts anderes übrig, als der Streit. Alle müssen dabei einmütig zusammenstehen, denn nur so könnte der Sieg gewonnen werden. Darum müsse auf die Halb- und Nichtwilligen ein Druck ausgeübt werden, das sei die wohl umstrittenste Frage des Streiterortismus. Er werde von den meisten direkt verworfen. Und gewiß sei es richtig, daß keiner an seiner persönlichen Sicherheit Schaden nehmen dürfe. Das habe die Obrigkeit zu verhindern, aber nicht mehr. Man sage, dieser Terrorismus sei ein Eingriff in die persönliche Freiheit des Einzelnen, aber absolute Freiheit gebe es für keinen, der die Vorteile menschlicher Gemeinschaft erreichen wolle. Er müsse sich den Forderungen des Gesamtwohles fügen. So werde feinster gefragt, ob er in den Krieg mitziehen wolle, er müsse einfach.“

„Gutefünfte“ Blätter rütteln auf dieses Urteil des Herrn Sammler die Anklage: er sei ein „Bundesgenosse der Umsturzpartei“!

Aus Berlin wird berichtet, daß es bei den Beratungen über den Voranschlag der Landes-Berichterstattungsanstalt zwischen dem Vorstehern des Verstandes Dr. Freynd und den Arbeitervertretern zu einer bemerkenswerten Auseinandersetzung kam. Es handelte sich um eine sogenannte Wohlfahrtshypothek, welche die Landes-Berichterstattungsanstalt bei Errichtung des Berliner Gewerkschaftshauses auf daselbst gegeben hatte, die aber bereits fünf Jahre vor ihrer Fälligkeit im Laufe dieses Jahres von der Landes-Berichterstattungsanstalt abgestoßen worden ist. Wegen dieser Maßnahme von den Arbeitervertretern interpretiert, gab Dr. Freynd als Vorsteher folgende Erklärung zu Protokoll:

„Das Gewerkschaftshaus habe sich entgegen den Berichterstattungen, welche bei Bewilligung der Hypothek

gegeben wurden, allmählich zu einem Stützpunkt für die sozialdemokratische Organisation herausgebildet, und auf dem letzten Parteitag sei die Partei ausgesetzt worden: Gewerkschaft und Partei sei eins. Die Verquidung der Gewerkschaften mit einer Partei, die gerade in letzter Zeit immer mehr ihren revolutionären Charakter verloren, welche insbesondere unsere monarchische Staatsverfassung entschieden bekämpft und ihre Vernichtung erstebe, fälschlich irgende welche Förderung der gewerkschaftlichen Befreiungen durch die Behörden vollkommen aus. Dieser Standpunkt sei für jeden Beamten unverträglich, mag man auch für die Befreiungen der Arbeiter, ihre Lebenshaltung nach Möglichkeit zu verbessern, voll Sympathie haben. Die Arbeiter müssten eben alle Konsequenzen der Verquidung ihrer Befreiungen mit Parteibefreiungen tragen.

Schließlich verneint Herr Dr. Freund die Arbeitervertreter auf die Kundgebungen der sozialdemokratischen Führer und der Kreise und riet ihnen zu: „Machen Sie sich von der Partei los, dann werden wir weiter miteinander reden.“

Das ist eine recht merkwürdige Summung, für die die gesamte Arbeiterschaft sicher nur ein mittelloses Lächeln haben wird. Es ist ein Non-sens, das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei jetzt anders zu beurteilen, als es vor jeher beurteilt werden mußte — als ein durch den Zwang des Verhältnisses und die Logik des Tatsachen unabdingt gegebenes, wobei aber wohl zu merken, daß die Gewerkschaften nicht, wie schon öfter behauptet worden ist, das gefügte Werkzeug der Partei sind.

Die Frage der Tatsat wird in Partei- und Gewerkschaftsblättern weiter erörtert. Der „Korrespondent für Deutschlands Bruderschaft“ wendet sich gegen die Propagandisten der Straße mit folgenden Ausführungen:

„Unser (ablehnender) Standpunkt wird von uns unter allen Umständen und jedem anderen Willen in der Arbeiterchaft gegenüber rücksichtslos aufrecht erhalten, weil wir sonst nicht mehr in der Lage wären, auf einem verantwortlichen Posten in der Arbeiterbewegung wirken zu können. Das ist für uns Prinzipienseite. Alles was früher als anarchistischer Blödsinn bezeichnet wurde, wird heute als wissenschaftliche Aufgabe der deutschen Arbeiterchaft betrachtet. Die verfahrene, hältlose, in sich zusammenstürzende Politik des sozialrevolutionären Ultrás ist am Ende ihres Lateins angelommen und glaubt, neue Illusionen an Stelle einer folgerichtigen und erprobten praktischen Tätigkeit setzen zu können... Man muß sich vor Augen halten, daß die Straßendemonstrationen der Vaterländlichkeit verfallen müssten, wenn hinter ihnen weiter nichts stehe. Von ganz allein drängen sie auf den Standpunkt des politischen Massenstreiks.“

Die letzteren Fragen stellen in der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ die Reichstagssabgeordneten Genossen Werner und v. Elm weitere Betrachtungen an. Ersterer schreibt, nadmod er die Revolutionsspielezeit und Revolutionsromantik zurückgewiesen u. a. folgendes:

„An dem politischen Streit, dessen Befürwortung mit revolutionären Kriegserklärungen wider die ganze bürgerliche Gesellschaft, mit Herauslösung des parlamentarischen Kampfes und der Gewerkschaftsaktion eingeleitet wird, glaube ich nicht, halte ich vielmehr für verderblich und verwerthet. Ich sehe Propaganda ähnlich gemeint, so läuft sie darauf hinaus, die Arbeiter in ein Unternehmen hineinzutragen, um bei dem heutigen Stand der Dinge die Wahrscheinlichkeit einer großen, in ihren Auswirkungen demoralisierend und desorganisierend wirkenden Niederlage darzustellen. Denn sie würde die ganze bürgerliche Gesellschaft zum Widerstand provozieren, und die ist mit dem hinter ihr stehenden Apparat des Staates und dem großen Zuchthof der Gleichgültigen und Gedankenlosen noch die stärkere. Macht. Meinen es aber diejenigen, die den Mäzenat, wie gefüllt, predigen, nicht mit seiner baldigen Verwöhlung erntet, dann treiben sie, bewußt oder unbewußt, das Spiel im schlimmsten Sinne des Wortes.“

Schärfer noch schreibt v. Elm sich aus:

„Genossen, die noch vor Jahresfrist den Generalstreit als Generalunruhen verhöhnen, halten diese ultima ratio des Klassenkampfes jetzt für ein Kampfmittel von der unverhohlenen Bindung. Sie fühllich stützend auf dem Zelt der Gewalt und der Gewaltlosigkeit und Gedankenlosigkeit noch die stärkere Macht. Meinen es aber diejenigen, die den Mäzenat, wie gefüllt, predigen, nicht mit seiner baldigen Verwöhlung erntet, dann treiben sie, bewußt oder unbewußt, das Spiel im schlimmsten Sinne des Wortes.“

Wer da nicht mischeint, ist — Revisionist oder verhöhnt, wie die neueste Presse lautet, die Majestät des Proletariats. Ohne Zweifel wäre auch diese fünfzigtausend Gewaltzettel gegen die Gewaltlosigkeit und schon wieder im Sende verlaufen, wenn ich nicht das blutige Drama in Russland zu Hilfe genommen wäre. Es mutet einem an wie eine Blasphemie, wenn man da jetzt im „Vorwärts“ von den schönen Morden spricht. Doch auf dem durchbrennenden Schlachtfeld der wirklichen Revolution opfern die Freiheitskämpfer ihr Leben den Mörderbanden des Barentius für die Errichtung der Verfassung und des freien Wahlrechts, während wir uns gefallen lassen müssen, daß uns ein zähflüssiger Ritorat vor sozialdemokratischen Arbeitern in einem Vortrag über internationale Syndikalismus höhnen zuwirken wagt: „Da scheinen sie: das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen!“ Ha, wenn alle diese Phrasenweise wenigstens leidenschaftliche Fanatik wären — aber da liegt's zwischen dem Wort und der Tat, gähnt eine gewaltige Kluft; die Geschichte aller Revolutionen — auch der gegenwärtigen russischen — zeigt, daß diejenigen, die weit vom Schutz, die blutigsten Reden geführt, versagt haben, wenn es die Tat galt.

Sollen die Geschichte der Partei in Wirklichkeit entschieden werden von einer kleinen Gruppe von Leuten, die ständig im Namen der Partei das große Wort führen, dazu aber einerlei Autokratie besitzen, und die ihre Stellung in Wirklichkeit nur dadurch behaupten, daß sie jeden, der ein der Flüze für wert erachtet, ihren Taten entgegenzutreten, mit persönlichen Spähungen, oft mit Verdächtigungen überzutünchen? *

Leider die Situation in Russland läßt sich zur Stunde unmöglich ein klares Bild gewinnen. Sicher ist nur das eine, daß die revolutionäre Erhebung in Moskau von den Regierungskräften überwunden ist, unter fürchterlichem Blutvergießen, und daß die Staatsgewalt der Meinung sind, alsbald die Revolution im ganzen Weibe Herr werden zu können. Ob diese Meinung in den Kathedren begründet ist, wird sich bald zeigen müssen. Sobald es regnet die Regierung auf die ungeheure wirtschaftliche und soziale Entwicklung der weitaus breitesten Kreise des Volkes, sowie darauf, daß das Übergertum nunmehr gemeinsam mit ihr front gegen die Arbeiter machen werde. Es verlautes, daß eine allgemeine Amnestie erlassen werden soll. Der allgemeine Zustand sinkt nach den vorliegenden Mitteilungen als mißlungene betrachtet werden.

* * *

In Norwegen hat man den Versuch einer Arbeitslosenfürsorge unternommen. Die furchtbare Arbeitslosigkeit, die dort seit mehreren Jahren herrschte, ist dazu geführt, daß die Förderung der Gewerkschaften nach Staatsbeiträgen zu ihren Arbeitslosenfondsen immer mehr Aussicht gewann, bewußtlich zu werden. Im vorigen Jahre erwähnte die Regierung ein Komitee, das diese Frage untersuchen sollte. Dieses Komitee, bestehend aus Professor Jäger, Buchdrucker Grönbäck und Metallarbeiter Ormskaf, hat nun einen Entwurf vorgelegt, der darauf hinausgeht, daß der Staat ein Drittel der Kosten tragen soll, die von den Gewerkschaften oder Arbeitslosenkassen für Unterstützung ihrer Arbeitslosenmitglieder ausgegeben werden. Die Gewerkschaften müssen, wie es übrigens jetzt schon in Norwegen geschieht, ihre für die Arbeitslosen bestimmten Mittel in einer besonderen Kasse verwahren. Diesen Arbeitslosenkassen können, wenn der Entwurf Gesetz wird, auch solche Berufsangehörige beitreten, die die anderen Zwecke der Gewerkschaft nicht unterstützen wollen; sie haben jedoch kein Wiedergutmachungsrecht bei der Verwaltung der Kasse und können nur den Verwaltungsfonds, sofern diese von der Gewerkschaft getragen werden, durch eine Erhöhung der Beiträge um 10 p. 100, mit besonderer Genehmigung des Ministeriums bis zu 15 p. 100, herangetragen werden. Der Staatsbeitrag zu den Arbeitslosenkassen soll zu zwei Dritteln von den Gewerkschaften erfasst werden, in denen sich die betreffenden Arbeitslosen das letzte Jahr über aufgehalten haben. Läßt sich dies nicht genau feststellen, oder hat der Arbeitslose überhaupt nicht ein Jahr lang in ein und derselben Gemeinde gewohnt, so trägt der Staat den ganzen Beitrag.

Das Gesetz soll nach dem Vorschlag des Comittees sofort in Kraft treten und vorläufig bis zum 1. Januar 1910 gelten.

* * *

In den letzten Tagen des Jahres 1905 tagte in Edinburgh der Jahreskongress der Bergarbeiter-Gewerkschaften Schottlands, die durch 100 Delegierte vertreten waren. Neben reinen Gewerkschaftsfragen kamen auch politische und internationale Fragen zur Besprechung. Es wurde beschlossen, an dem Prinzip der selbständigen Arbeiterpolitik strikte festzuhalten und sich von den bürgerlichen Parteien nicht einfangen zu lassen. Der Kongress nahm eine Resolution an, in der der russischen Arbeiter brüderliche Grüße gefand. In einer anderen Resolution sandte der Kongress seine brüderlichen Grüße an die deutsche Arbeiterklasse und einen herzlichen Dank an Bebel für seine ausgezeichnete Rede im Reichstag, die sie geeignet sei, den Frieden zwischen Deutschland und England zu befriedigen, die ökonomische Befreiung und die internationale Solidarität der Arbeiter zu fördern.

Wirtschaftliche Rundschau.

(Aus dem „Correspondenzblatt der Generalkommission“.)

Börse und russische Konterrevolution. — Günstigere Aussichten des Kapitalismus. — Der Aufschwung von 1905: Produktion, Transport, Wechselseitigkeit, höhere Preise und Dividenden.

Trotz der in den letzten Wochen vorübergehend sich ausbreitenden Blaue, die vor allem die Börse betrifft, laufen die kapitalistischen Rückläufe auf das Jahr 1906 und nicht minder die Aussichten auf das kommende Jahr 1906 überwiegend günstig.

Die unüberwindbaren tiefen Gegensätze zwischen den Hoffnungen des Kapitals und der Arbeit spiegeln sich darin wieder, daß noch zur Jahresfrist die Nachrichten über die brutale Niederwerfung des Moskauer Aufstands und über das Wiederordnen der russischen Konterrevolution die Wendung zu einer neuen Hauseströmung an der Berliner Börse, zum Teil auch im Auslande brachten. Das große Finanzkapital und das kleine Rentenamt begann jetzt wieder an die gesicherte Zahlungsfähigkeit des russischen Staates zu glauben; das in Russland produktiv angelegte ausländische Kapital sieht das Ende der großen politischen Kreise näher rücken; der internationale Handel erkennt das Ende der Sodungen in der Ein- und Ausfuhr. Am 28. Dezember konnten daher nicht nur die bürgerlichen Blätter, bis weit in die Reihen der Börsliberalen hinein, über den „vernichtenden Schlag gegen die Sozialrevolutionäre“ jubeln; auch die russische Linie von 1880 stieg an dem gleichen Tage in Berlin von 80 auf 82, die Linie von 1902 von 81,40 auf 82,10, die von 1905 von 89,50 auf 90,90, die vierprozentige Staatsrente von 1894 von 77,10 auf 78,75 p. 100 — von den Eisenbahnbörsen: Moskau-Majan von 82,50 auf 83,75,

Moskau-Smolensk von 82,50 auf 84,75. Diese Befrauen-Seligkeit wird sich freilich noch auf manchen hartnäckigen machen müssen, aber vorläufig wirkte sie förmlich ansteckend: ein großer Teil des Berliner Kurzeltes erholt in den letzten Decembertagen bemerkbare Steigerungen, nachdem seit den letzten Oktobertagen, abnormale im Zusammenhang mit den russischen Ereignissen und mit der Erfüllung der russischen Werte, der Durchgang von den Wörtern nicht gewichen war.

Als zweiter Hoffnungswandler füllt gleichzeitig die sich anfüllende Gleichierung des Reichsstaatsbankkontos bis zu dem außerordentlichen Satz von 6 p. 100 für die expansionsfördernde Industrie und die wogelastige Bankwelt eine unangenehme Hemmung und stellt weitere Belastigungen in Aussicht. Der Steuerungsrat Dr. Voelker, ehemalig in Berlin und im Reichsamt des Innern, jetzt in Düsseldorf als Director des Städteverbands befindet, z. B. einen fulminanten Anstieg für die Eisen- und Handelsseiten wesentlich einprägsamer. Der Gipfel der Spannung — und zugleich der vorläufig wütenden Zurückhaltung der großen Banken — scheint jedoch nunmehr überwunden, für das Frühjahr erwartet man vielleicht sogar eine verdienstliche Geldfülle und damit wieder eine größere Elbmöglichkeit für den Unternehmenstrieb.

Trotz der erwähnten Störungen der letzten Monate kann das Kapital mit dem wichtigsten Gesamtlauf des Jahres 1905 rechtlich zufrieden sein. Selbst die deutsche Steinlochleistungsgewinnung überschreit, trotz des Riesenstreits des Bergarbeiter, die Produktion des Vorjahrs; bis Ende November betrug sie 110 670 000 t gegen 109 630 000 t im gleichen vorjährigen Zeitraum. Aber für den viel rascher gewachsenen Eisenstoffbedarf der voll beschäftigten deutschen Industrie spricht die Steigerung der Einschüttung bei Steinlochleihen (immer in den statisch nachgewiesenen ersten elf Monaten) von 6 640 000 t auf 8 610 000 t, also um fast 2 000 000 t, während die Ausfuhr deutscher Steinlochleihen um 213 000 t höher stand — bei 155 000 t, bei Braunkohlen um 213 000 t, während gleichzeitig die deutschen Braunkohleengruben — gleichfalls 3 200 000 t (47 480 000 gegen 44 230 000 t) mehr liefern als im selben Vorjahrsmonat Deutschlands (und Burgunds). So lange ist erzeugung hat überhaupt nur in dem einen Jahre 1901 vorübergehend an Umlauf eingebüßt, die Reihe kam hier vorwiegend in Preisabschlägen und Schleuderberichten zum Ausdruck. 1905 stellt deshalb das bisherige Höchstjahr dar: mit etwa 10 900 000 t gegen 10 600 000 t in 1904, 10 020 000 t in 1903, 8 530 000 t in 1902 und 7 880 000 t in 1901. Der deutsche Eisenhanfsverkehr verzögert ebenfalls Meliorationen, obwohl ihm im Jahre 1904 die abnorme Trockenheit des Wetters und die Wachstumsarbeit vieler Wasserwege ausnahmsweise Transporturngen zufließen. Bis Ende November bereits stellte sich nach dem Reichsdenkmabahn bei den Bahnen mit dem am 1. April beginnenden Rechnungsjahr ein Plus in Höhe von M 68 800 000 (bei einer Gesamteinnahme von M 1 224 000 000) heraus, bei den Bahnen mit dem am 1. Januar beginnenden Rechnungsjahr weiter noch ein Plus von M 7 690 000 (bei M 216 250 000 Gesamteinnahme). Entscheidend war dabei das Wachstum des Güterverkehrs, das schließlich den Wagenmangel schwimmen ließ, für die Lebhaftigkeit und Größe der geschilderten Transaktionen, in erster Linie des Barenumschlages, bietet sich immer ein ganz guter Wachstum in der Welle des Stempelsteuer. Hier brachten die acht Monate von 1. April (dem Beginn des Reichsfinanzjahr) bis Ende November eine Steigerung gegen das Vorjahr um über einen Neuntel (rund M 1 000 000 mehr, bei einem Gesamtertrag dieser Steuer von M 9 590 000 im bisher laufenden Jahr).

Von jetzt nur die Höhe der Produktion und die Mengen des Absatzes führen für das Kapital ein bedrohendes Jahr. Und in den Preis ist es bedeutet 1906 für das Industriekapital einen großen Aufschwung. In gewissem Sinne kann man sogar sagen, daß erst im Jahre 1905 die aufsteigende Wirtschaftslagekonjunktur in unangefender Weise in den Preisen zum Ausdruck gelangte. Für den industriellen Verbrauch (für den produktiven Konsum) hat das schon häufig wieder die bekannten Schwierigkeiten hervorgerufen: die höherfliegenden Ergebnisse vermögen den Verfeuerung der verbandsmäßig meist besser organisierten Rohmaterialien und Halbfabrikate oft nicht genügend zu folgen. Für den letzten vierjährigen Konjunkturzyklus ist eine allseitige Preiserhöhung der gewerblichen Produkte um 10 prozent, als sie im Jahre 1905 zusammen mit einem Hochstand der landwirtschaftlichen Preise für die Großstädte, deren Güte vielfach im Laufe des Sommers unter den Unbillen der Witterung gelitten hatte — noch mehr jedoch für alte Güterarten, deren im Verhältnis zum deutschen Bedarf geringe Befrachtung die geschilderten Schwierigkeiten verhindern: die Lebhaftigkeit und Größe der geschilderten Transaktionen, in erster Linie des Barenumschlages, bietet sich immer ein ganz guter Wachstum in der Welle des Stempelsteuer. Hier brachten die acht Monate von 1. April (dem Beginn des Reichsfinanzjahr) bis Ende November eine Steigerung gegen das Vorjahr um über einen Neuntel (rund M 1 000 000 mehr, bei einem Gesamtertrag dieser Steuer von M 9 590 000 im bisher laufenden Jahr).

Für das industrielle und kommerzielle Kapital war, wie man weiß, schon das Jahr 1904 in seinem Gesamtabschluß ein gutes. In der nunmehr abgelaufenen Jahresperiode werden sich also die Gewinne und Profite noch höher stellen. Für die Unternehmungen, die ihr Geschäftsjahr am 30. Juni beenden, stellt die Börsig „folgende“ kleine Tabelle einer Anzahl von Dividenden, verglichen mit den für 1903/04 ausgeschütteten Gewinnen zusammen (alles in Prozenten):

	1904/05	1903/04
Böhmischer Gußstahlverein	12	10
Wasserwerk Walzwerk	6	5
Hörder Bergwerk St. Marien	10	8
Würzburger Bergwerk und Hütten gesellschaft	10	8
Sächsische Gußstahlfabrik Döhlen	15	12
Kreis. Stahlwerke von der Elbe	10	9
Wittener Gußstahl	18	6
Allgemeine Elektricitäts gesellschaft	10	9
Dresdner Wülfelbauer See	12	11
Dresden'sche Waggonfabrik	17	14
Friedrichs Mühlen	12	10
Görlitzer Eisenbahnbedarf	18	15
Gumboldt Mühlen	7	5
Achim & Co. Mühlen	14	7
Königszelt Porzellan	124	9
Banzer Goldschmiedefabrik	5	0
Büttelfabrik Aachen	20	10

Auch der Kunstschauspieler des bürgerlichen Platzen findet die Erhöhung der Dividenden "sehr beträchtlich". Für die Unternehmungen, deren Geschäftsjahr sich mit dem Kalenderjahr deckt, liegen natürlich bisher nur Schätzungen vor 1905 vor. Das Bild ist dabei meist das gleiche wie oben. So gibt die Bergbau für 1905 wahrscheinlich 16 vpt. Dividende, statt 14 vpt. im Jahre 1904, die Oberschlesische Eisenindustrie-Gesellschaft 6 statt 4 vpt., die Waggonfabrik Hofmann 20 statt 18, die Waggonfabrik Linke 18 bis 16 statt 12%, die Continental Reutlingen und Gutta-percha 40 statt 88%, die Hannoversche Gummiwaren Comp. 15 statt 11, die Deutsche Spiegelglas-Altengefäßgesellschaft 17 statt 14, die Gerschedecker Glashütte 10 statt 7%, die Hannoversche Papierfabrik-Altengefäßgesellschaft 10 statt 9 vpt. usw. Selbst die so lange nieverliegende Zementindustrie schwängt sich unter der außerordentlichen Regelmäßigkeit im Baugewerbe wieder zu einer annehmbaren Rentabilität zahlreicher Fabriken empor.

Seite Auftriebshilfe über das Ereignis und angebrachte Erwartungen für die nächsten Monate hingen in Deutschland daher in den kapitalistischen Zeitungsberichten und Berichterstattungen vor, trotz der politischen und wirtschaftlichen Umbewegungen in Süßland und trotz mancher anderer Weiterzeichnen innen und außen.

Ähnlich in England, dem ältesten Industriestaat, trotz Neuwahlen und trotz der Arbeitslosenfundgebungen in London. Ähnlich im jüngsten Industriekriegstaat, in den nordamerikanischen Union, wo selbst der Aufschwung neuwillig riesenhafte Dimensionen annimmt, wie wir sie bei uns nicht kennen.

Ob alle die heutigen kapitalistischen Blütenräume reisen werden?

Berlin, 31. Dezember 1905. Max Schippel.

Oberschlesiisches.

Das von den Orten Opole, Gleiwitz, Tarnowitz eingeschlossene Gebiet bezeichnet man heute allgemein als das oberschlesische Industriegebiet. Von dem an Industrien so reichen Schlesien in dies Gebiet am bedeutendsten, weil es die bedeutendsten Industrien umfasst. Hier ist der Hauptteil des oberschlesischen Bergs und Hüttens wesen. Mächtige Steinholzlager, die nach der Schätzung des Bergbaupräsidenten von Dechen 50 000 Millionen Tonnen enthalten sollen, sichern lohnenden Abbau auf lange Jahre hinaus. Das Tarnowitzer Plateau ist reich an wertvollen Buntzonen, mit deren Verhüttung sich eine große Anzahl Hüttenwerke beschäftigen. Umgekehrter Reichtum ist im oberschlesischen Boden eingeschlossen; gewaltige Werke werden davon tagaus tagan gefordert, eine Fülle des Segens verbreitend für — die Kapitalisten. Hier ist das klassische Boden der blutigsten Gründungen, zugleich ein Eldorado für das gewissenlose Ausbeuterium. So war es überall so, daß alle Segne der Natur nur für die Kapitalisten eine Quelle goldenen Segens sind, daß sie für die Arbeiter nur eine gute Gelegenheit zu intensivster Abredarung bilden, aber trotzdem ist in Deutschland kein anderer Platz vorhanden, wo dieser Prozeß in solcher Schärfe vollzogen wird in Oberschlesien.

Warum aber gerade hier? Die Ursachen liegen tiefer, als es auf den ersten Blick erscheint. Sie würden nicht auseinander in der kulturgeistigen Entwicklung Schlesiens und der benachbarten Länder. Diese Entwicklung hat das Ergebnis gehabt, daß das Verhältnis zwischen „Herrn“ und „Knechten“ aus der Feudalzeit in die gegenwärtige Industriperiode übernommen wurde. Die schrankenlose Freiheit der Ausbeutung, wie sie in den Rechten der Hörigkeit überall geübt hat, herrscht heute in Schlesien auch in der Subsistenz. Die Gesetze, die etwa zum Schutz der Arbeiter bestehen, gelten in der oberschlesischen Praxis sehr wenig oder gar nichts. Die Rechte, die der heutige Staat dem Arbeiter gewähren mußte, um ihn nicht völlig verhindern zu lassen, machen den oberschlesischen Industriemagnaten wenig Beschwörer: es sind einflussreiche Leute genug da, die sie illosratisch machen. So ist es nur außerordentlich, wenn die Löhne aller Arbeitergruppen in Oberschlesien niedriger sind als im ganzen übrigen Deutschland. Für den, der Oberschlesien wichtigsten Berufszweig, den Kohlenbergbau, wird das konkretiert durch die im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Löhne der preußischen Bergarbeiter. Dort tritt diese Tatsache mit genügender Deutlichkeit hervor.

So betrug der Durchschnittslohn der im Bergwerk beschäftigten Arbeiter im Jahre 1905 in Oberschlesien M. 3,05, in Niederschlesien M. 2,92, im Thüringerland M. 4,01, im Wurzingerland M. 4,05 und im Saargebiet M. 3,77. Wahrhaft also, wie diese Zahlen zeigen, der Lohn in Schlesien am niedrigsten steht, ist das Lautnum der von dem einzelnen Arbeiter geleisteten Arbeit wiederum in Oberschlesien am größten. Im Jahre 1895 entfielen von der Gesamtförderung auf den Kopf der Belegschaft in Oberschlesien 236 Tonnen, im Ruhrbezirk 266, und im

Saarkreis 228 Tonnen. Allerdings arbeiteten die in der Umgebin beschäftigten Arbeiter in Oberschlesien sehr bis zwölf Stunden, im Ruhrbezirk oft bis neun Stunden täglich. Ein angestrebtes Arbeitstempo niedriger Lohn, das ist die oberflächliche Eigentümlichkeit. Wir brauchen diese Tatsachen übrigens gar nicht erst aus dem Kohlenbergbau herbeizuholen, junger Herrn geht nicht weniger deutlich dasselbe Bild. Es ist noch nicht sehr lange her, daß in Schlesien noch 1000 Dorfe vorhanden waren, in die Löhne für Maurer unter 20 s betragen. Im Jahre 1890 war das noch in 64 Orten der Fall, im Jahre 1900 gab es deren immer noch 2. Da im selben Jahre waren es nur 4 Orte, wo der Lohn mehr als 85 s betrug. Erst in den beiden letzten Jahren hat die Tätigkeit des Centralverbundes der Maurer in einigen Gebieten den Anfang einer Besserung in die Wege geleitet. Freilich halten sich diese Erfolge in recht bescheidenen Grenzen. Überhaupt bezeichnend ist es, daß auch jetzt noch harte Kämpfe geführt werden müssen, um Löhne von 28, 29 und 30 s zu erlangen. Und unter welchen schwierigen Verhältnissen muß das geschehen! Der Unternehmerkrieg im Brude mit Staatsgewalt und Gesellschaft ist unablässig an der Arbeit, um diese ersten selbständigen Regelungen von größerem Umfang wieder zu überzeugen. Dies wildste Erfolatum hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Geist des Gewadens, der auch dort — endlich — seinen Sitz hat, aus der bisher unbesiegbarsten Feinde kapitalistischer Willkürherrschaft wieder hinaus zu treiben. Vergnügungstreit gibt es in Oberschlesien für die Proletarier eigentlich gar nicht: das obengenannte Erfolatum jagt das, was sie gern Blasen finden, das Meist auszuholen. Die Ausübung des Produktionsrechts ist oft mit großer Gewalt für die Sicherheit der Bergbau verbunden. Sehr häufig kommt es vor, daß freilebende Arbeiter ohne jeden Schein des Rechts verhafstet, ja sogar mishandelt werden.

Die Freiheit kommt darum so lange fortgesetzt werden, weil einmal die oberschlesischen Arbeiter so erlagen waren, daß e das Erfolatum einer solchen Behandlung gar nicht entstanden, und weil anderes von den Grenzländern immer wieder neue Scharen billiger und williger Arbeiter nach Oberschlesien kommen. Es ist erklärlich, daß sich unter solchen Umständen die Organisation nur langsam ausbreiten könnte. Nur langsam, aber sie ist es dennoch. Außerdem durften von der Organisation keiner Arbeit noch Kosten geschaut werden; und je wurden, desto schlechter. Das da in manifester, jahrelanger Organisations- und Auflösungskampf geleistet worden ist, wird nie nach Gewalt gebürgt werden. Über auch die wenigen Fortschritte in den Lohn- und Arbeitsbedingungen, die heute zu verzeichnen sind, sie wären nicht vorhanden, wenn diese Arbeit nicht geleistet worden wäre. Jetzt, im endlich beginnenden Jahr, wo endlich durch unsere unablässige Agitation der Boden für die gewerkschaftliche Organisation empfänglich gemacht worden ist, jetzt findet sich auch jenes Gesichter ein, das niemals fehlt, wenn die Möglichkeit vorhanden ist, fruchtbringende Gewerkschaftsarbeits zu vernichten. Nachdem die genannten Gewerkschaften gesetzen hatten, daß ihrem Werkstatt in minder maßstäblichen Gegenden sehr enge Schranken gegeben sind, beschränkten sie sich darauf, hauptsächlich die Gebiete mit hoher Agitation zu begleiten, die sie dadurch ausscheiden, daß ihre Betreiber zum größten Teile noch unter dem Einfluß der geistlichen Bevölkerung der Ausbeuter stehen. So haben sie sich auch, und besonders die ungünstliche Arbeiterschaft Oberschlesiens, zum Verhältnis zu ihrer beruflichen Experimente ausgetragen. Ihre Methode dabei ist die, mit großem Gewalt auszutreten zu machen, sondern immer erst dann, wenn von einer Seite der Anfang gemacht worden ist, auf dem Blatte zu erscheinen und dann Zwieträcht und Zersetzung unter den für die Organisation gewonnenen Arbeitern hervorzurufen.

Es ist sicher, daß diese Agitation der „Christlichen“ nur für die Unternehmer von Vorteil sein kann. Die Unternehmer können ruhig sein; ist es ihren christlichen Verbündeten erst gelungen, die Arbeiter untereinander zu verhören, dann ist für sie die Gefahr beseitigt. Dann sind sie sicher, daß sie ihr einträgliches Ausbeutungsgeschäft ungefähr im alten Umfang weiter fortsetzen können. Zu diesen „christlichen“ Arbeiternfeinden hat sich nun noch eine andere Gruppe gesellt: die nationale polnische Volksgruppe. Dieser Plan, die Arbeiter auf nationaler Grundlage zu organisieren, hat mit den natürlichen Zwecken einer Gewerkschaftsbewegung absolut nichts gemein. Es ist geboren aus einem politischen Bedürfnis. Konservative und die Seinen wissen ganz genau, daß es mit ihrem Einfluß auf die Arbeiterschaft bald vorbei sei würde, wenn es ihnen nicht gelänge, sie auch wirtschaftlich an sich zu setzen. Nicht um den Arbeitern zu helfen, sondern unter ihrer Fahne zu hetzen, daß dieses Verteilen der Arbeiter zu zerplatten, völlig erfolglos sein wird. Es wird ihm nur dann wirklich entgegnetretten können, wenn alle beteiligten gewerkschaftlichen Centralverbände ihr möglichstes tun.

Der Kampf, den wir in Oberschlesien zu führen haben, geht für den kulturellen Fortschritt gegen die Barbarei des Industriefeudalismus; für ihn sollte sein Opfer zu hoch sein.

Bei dieser Gelegenheit sei an einem Beispiel gezeigt, mit welch unerhörter bewußter Heuchelei von den berüchtigten Arbeitersplittern gearbeitet wird. Bei einem Streik in dem oberschlesischen Ort Kratzig haben christlich organisierte Maurer auf Geheiß ihrer Leitung Streikbrief verübt. Wir hätten den Fall damals notiert; da er aber nur ein Glied in einer langen Kette bedeutet, so haben wir auf eine ausführliche Wiedergabe verzichtet. Auch jetzt haben wir, nicht die Absicht, uns mit ihm einlebend zu beschäftigen; es ist uns nur darum zu tun, aus seinen Begleitererscheinungen eine herauszugreifen, die

für die über alle Nationen gemeinsame und heuchlerische Kampfweise der christlichen Kreaturen bezeichnend ist. In einem Flugblatt, worin die Bezirksleitung der „Christen“ diesen Streikzug zu befürworten beruft, heißt es u. a.: „Warum haben die pp. Maurer nicht früher Besserung geschafft?“ Es heißt dann weiter, daß erst mit dem Auftreten der „Christlichen“ Erfolg erzielt werden kann. Die „christlichen“ Sträbten vergessen zunächst, daß die wenigen Erfolge völlig ohne ihre Bütte erreicht worden waren. Wenn sie aber fragen, warum denn dann Gewerkschaften nicht früher Besserung geschafft hätten, so ist das eine Heuchelei, die nur noch von ihrer Unverschämtheit überflügelt wird. Vergißt denn dies Gott, daß es seine Schutzwälle waren und noch sind, die jeder Erhöhung des Lohns, jeder Verkürzung der Arbeitszeit aufs willedeste widersetzen, daß es alle die frommen Zentrumsleute sind, die als Grubenbesitzer, Bauunternehmer aber als ähnliche Ausbeuterexistenzen auf lebhafte daran interessiert sind, daß der Zustand der Hörigkeit, worin die oberschlesischen Arbeiter bisher leben, endgültig würde! Wenn irgend jemand die Schuld daran trägt, daß bisher nichts erreicht worden war, dann sind es diese Schutzwälle der christlichen Gewerkschaften. Die oberflächliche Arbeiterschaft kann gar nicht oft genug auf diesen Unstand hingewiesen werden. Dann wird sie auch einsehen, daß von diesen Leuten keine Rettung kommen kann. Sie sollte die Vertreter des offiziellen Christentums nun genug als die Söhne des Ausbeuterklings fennen gelernt haben, um ihnen dann die Türe zu stellen, wenn sie in der Maske „christlicher“ Gewerkschaftsapostel kommen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen, Sporen, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernher nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Hamburg:

Hamburg (Sperre über die Bauten: Rieckhof, Markmannstrasse, Nieland, Eriastrasse, Kietzmann, Eilbeckthal, Opel & Mehlsdorf, Oejendorf bei Steinbek);

Pommern:

Gollnow (Sperre über Küster);

Brandenburg:

Spandau (Sperre über Unternehmer Bocksch), Nowawes-Neuendorf (Sperre über Unternehmer Part);

Provinz Sachsen:

Halberstadt (Aussperrung der Maurer u. Zimmerer), Bernerde, Unterreichsfeld (Sperre über die Kaliwerke);

Königr. Sachsen:

Gössnitz (Streik), Erfurt (Sperre über Wagner), Coburg (Differenzen), Eisenach (Sperre über Wagner), Gera (Sperre über Hirsch);

Rheinprovinz und Westfalen:

M. Gladbach (Sperre über Bongarts und über die Allgemeine Hochbaugesellschaft);

Hannover und Oldenburg:

Delmenhorst (Sperre über die Wollkämmerei).

* * *

Lohnbewegung in Preußen. Am 5. Januar tagte hier eine öffentliche Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauhüttenarbeiter, die sich mit der Lohnbewegung beschäftigte. Der Vorsitzende des Gesellenausschusses erhielt den Bericht über die letzte Verhandlung mit den Unternehmern. Diese stellten sich auf den Standpunkt, die Arbeitszeit von zehn auf neunehinhalb Stunden pro Tag zu verkürzen und den Lohn von 47 auf 50 s zu erhöhen, sei ihnen unmöglich. Den Stundenlohn wollte man zahlen, aber die Arbeitszeit könne in Abrechnung des ländlichen Verhältnisses nicht verlängert werden. Wenn die Gesellen mit dem Angebot einverstanden seien, folle der neue Tarif auf fünf Jahre Gelung haben. Gegen diese lange Tarifdauer sprachen sich alle Redner aus. Auf Vorschlag des Gauvorsitzenden Kober wurde eine Resolution angenommen, wonach das Angebot vorläufig abgelehnt und der Gesellenausschuss beauftragt wird, die Verhandlungen weiter zu führen.

In Neumünster tagte am 2. Januar eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer. Nach Eröffnung der Versammlung machte der Vorsitzende, unser Kollege W. Wulf, bekannt, daß die drei Berufe durch die Lohnkommissionen mit der Innung verhandelt haben. Das Resultat der Verhandlung ging aus dem nachfolgenden Schreiben hervor:

Neumünster, den 28. Dezember 1905.

An die Lohnkommission der Maurergesellen
S. H. des Herrn W. Wulf, hier.
Gemäß der in unserer gemeinschaftlichen Verhandlung am 26. d. M. getroffenen Vereinbarung teilen wir Ihnen mit, daß die Innung verhandelt hat die neunehinhalb Stundenarbeitszeit und einen Stundenlohn von 58 s für die Zeit vom 1. Januar 1906 bis 31. Dezember 1907 zu bewilligen. Ferner ist beschlossen worden, als Verhandlung die Arbeitszeit zu bezahlen, die nach der jeweiligen tarifmäßigen Arbeitszeit gestaffelt wird. Wir erfreuen uns einer Erklärung bis zum 2. Januar 1906, ob Sie dieses Angebot annehmen oder nicht.

Der Vorsitzende der Innung Bauhütte.

Die Bauarbeiter und Zimmerer erhielten ein ähnliches Schreiben. Der Kollege Wulf empfahl der Verhandlung im Namen der drei Lohnkommissionen, das Angebot anzunehmen, jedoch mit dem Vorbehalt, daß auch über die aufgestellten Nebenforderungen eine Einigung erzielt würde. Von mehreren Rednern wurde darauf verwiesen, daß das Angebot, namentlich

Der Zweigverein Duisburg sucht den Kollegen Johann Borchartl (Werh.-Nr. 92 255), zuletzt in Duisburg-Rheinhausen. Nachrichten möge man an den Kassierer des Zweigvereins Duisburg gelangen lassen. — **Der Verbandsvorstand.**

Duitung.

Bei der unterzeichneten Expedition sind aus den Zweigvereinen folgende Beiträge für die Zeichen eingegangen:

Nördlicher: Demmin M. 1,16, Rathenow 2,95, Cudow 4,20; Stendal — 45, Spandau 1,20, Berlin 1,20, Tummersdorf — 45, Lyden — 30, Düren 1,50, Quedlinburg — 45.

Südlicher: Spandau M. — 50, Demmin 3,50, Stendal — 45, Sangerhausen — 30, Bromberg — 45, Rötha 3,50, Lennep 1,45, Grimma — 40, Neubardenberg — 20, Glogau — 10.

Die Expedition des „Grundsteins“.

Gekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau Leipzig.

Im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand berufen wir die Gaukonferenz auf Sonntag, den 18. Februar, nach Altenburg, im Etablissement „Gothaus zum Adler“, Kestellgasse 19, Beginn Vormittags 11 Uhr.

Tagesordnung: 1. Situations- und Kostenbericht des Gauvorstandes. 2. Agitation und Lohnbewegung. 3. Allgemeine Anträge. 4. Neuwahl des Gauvorstandes und der Bevollmächtigten.

Der Gauvorstand. J. A. G. Jacob, Vorstehender.

Gau Hannover.

Im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand berufen wir hiermit eine Gaukonferenz auf Sonntag, den 4. März, nach Hannover ein. Sie findet im Bataillon des Herrn Böddicker, Langestraße 2, 1. Et., statt und beginnt Vormittags 11 Uhr. Als Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Geschäftsbereich des Gauvorstandes. 2. Lohnbewegungen und Streiks. 3. Agitation. 4. Anträge der Delegierten und Wahl des Gauvorstandes.

Über die Wahl der Delegierten sowie über die Deckung der Untosten bestimmen die §§ 6 und 7 des Gauregulations und § 8 d. Abs. 3 des Verbandsstatutes.

Mit volleidalem Gruß
Der Gauvorstand. J. A. G. Barnstorff.

Jahresberichte der Gauvorstände.

Gau Nürnberg.

Das Jahr 1905 war für die Maurer im nördlichen Bayern ein wirtschaftliches Kampfjahr. An allen jenen Orten, wo sonst infolge der noch zu schwachen Organisation oder der ungünstigen Bauleistung an einer Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht gedacht werden konnte, wurde der Kampf gegen Indifferenzismus und Gleichgültigkeit mit aller Energie geführt. Die Agitation selbst ist in unserem Gau mit großer Unfotzen und auch mit großer Mühe verbunden, vornehmlich dadurch, daß die Mehrzahl unserer Kollegen nicht an den Arbeitsorten, sondern in Orten mit ganz schlechter oder auch gar keiner Bahnhofsanbindung wohnen. Die Bahnverbindungen sind in Bayern beläufig sehr schlecht und so gegeben es nicht zu den Seltenheiten, daß, wenn an einem Orte, der ungefähr 17—20 km von der Industriestadt Nürnberg entfernt ist, eine Versammlung oder dergleichen von uns beschiedt werden soll, der Agitator hin und zurück sechs bis sieben Stunden auf der Bahn verbringen muß. So wird oft der ganze Tag zu einer Verlängerung verbraucht. Das Fahrtrab muß allerdings solche Leiden ausüben, aber läßlich können nicht alle Kollegen, die zur Agitation verwendet werden, sich in den Zeit eines solchen Viehs seien, und zu allen Jahreszeiten ist es beläufig auch nicht zu gebrauchen. Dadurch, daß bei der Mehrzahl unserer Kollegen der Wohn- und Arbeitsort nicht ein und derselbe ist, kann auch an sehr vielen Orten nur Sonntags die Agitation betrieben werden, aber selbst auch da begegnen man noch sehr vielen Schwierigkeiten. Wer sich um bayerische Dinge mehr kümmert hat, wird wohl die Erfahrung gemacht haben, daß es nicht leicht ein zweites Land geben wird, in dem die Vereinsmeierei und der Kirchweihstrummel solche Orgien feiert als gerade in Bayern. Es ist klar, daß uns bei der Agitation große Hindernisse bereitet. Jeder, und möge es der kleinste Ort sein, hat im Jahre seine Haupt- und Nachschreiber, wozu die Menschen aus der Umgebung bis zu zwei und noch mehr Stunden zusammenströmen. Das nämliche ist auch bei den Vereinsfestlichkeiten der Fall. Wohl man irgendwo, wo Maurer wohnen, an einem Sonntag eine Versammlung anstrengt, so darf man niemals vergessen, erst zu fragen, ob nicht an einem der nächsten Sonntage in der Gegend eine Kirchweih oder ein Vereinsfest stattfindet. Rantentlich von den jüngeren Leuten wird schon Wehen vorher, darauf gefasst, und Versammlungen würden dann wegen der eventuellen Aussagen nicht besucht werden. In einer ganzen Reihe von Orten, namentlich in Unterfranken, kommt der größte Teil der Maurer auch nicht jede Woche nach Hause. Allerdings müssen alle diese Hindernisse überwunden werden, aber es ist eine Erklärung dafür, daß es mit dem Eindringen der Organisation bei uns etwas schwerer fällt, als in einer Angabe anderer Landesteile in Deutschland. In einzelnen Gegenden haben wir auch noch den Klerikalismus zu bekämpfen, so namentlich in den Oberpfälz, wovon schon verschiedene Male im „Grundstein“ berichtet wurde. An einigen protestantischen Orten finden wir auch die Geisteilen an der Arbeit, unseres Verband nicht aufzukommen zu lassen oder aber bestehende Zweigvereine, wo nur irgend möglich, zu stützen. Erfreulicherweise muß aber gelagert werden, daß sich die wenigsten unserer Kollegen von den Neigen dieser Herren einsingen lassen.

In unserem vorjährigen Bericht haben wir schon erwähnt, daß man auch bei uns; allerdings nur in den luther-

ischen Gegenden, für den christlichen Bauarbeiter Verband Propaganda macht, aber bisher — und es wird wohl auch für alle Seiten so bleiben — können wir von einem ins Gewicht fallenden Hindernis in der Agitation durch diese Art Christen nicht reden, denn mit sozialen Mitteln kann man uns nicht befähigen, und Verleumdungen und Unwahrheiten stoßen bekanntlich bei jedem noch halbwegs anständigen Menschen ab. Wir vermeiden soviel wie möglich, uns mit diesen Verblendeten zu befassen, ohne auch wir es sein müßten, werden wir uns niemals auf das Persönliche einlassen. In unserem ganzen nördlichen Bayern mit seinen 2759 556 Einwohnern, darunter etwa 8000 Maurer, haben die christlichen Bauhandwerker nach ihrer Abreise vom 1. Januar 1904 bis 30. Juni 1905 185 Aufnahmen zu verzeichnen, und dabei liegen sie noch über starke Fluktuation, so daß man dadurch ungefähr auf den Stand der Mitgliedszahl, die in den Abrechnungen verhieben wird, schließen kann. Um diesen Mangel an Mitgliedern abzustellen, schreiben sich dieselben Leute, die uns noch vor zwei Jahren bei denen, die nicht alle werden, wegen gewisser Anstellung eines Kollegen verdächtigen, die Finger mit Anträgen an den Verbandsvorstand wenden, um Umstellung eines ihrer Mitglieder, und den verhängten Sozial auf den Leib rüden zu können. Hierfür sind die Gewerkschaften kommen nur in zwei Orten in Betracht, wo sie etwa 24 Mitglieder haben; sie können darum auch hier übergegangen werden.

Der statutengemäße Gautag fand am 18. August 1905 in Bamberg statt, wo 23 Zweigvereine durch 41 Delegierte vertreten waren. Vier Zweigvereine waren nicht vertreten und hatten auch keinen Grund für ihr Fernbleiben angegeben. Genereller Bericht über die Verhandlungen des Gaukongresses befindet sich in Nr. 84 des „Grundstein“, Jahrgang 1905, fernerlich sich weitere Erörterungen an dieser Stelle ertragen. Die Zahl der Zweigvereine beträgt am Jahresende 28; vier Zweigvereine (Erlmühle, Eschenau, Heilsbronn und Rothenhausen a. d. Erla) wurden im Laufe des Berichtsjahrs neu gegründet; der Zweigverein Fürth wurde mit dem Zweigverein Nürnberg vereinigt, um bei zufünftigem Zusammenschluß innerhalb eines Interessengebietes nur mit einem Verein reden zu müssen. Die Verhandlung hat sich leider nicht so leicht vollzogen, wie es hätte erwartet werden müssen, da einige Kollegen ihr persönliches Interesse über das der Allgemeinheit stellten. Erfreulicherweise haben beide Zweigvereine dadurch keinerlei Schaden erlitten, im Gegenteil, zur Zeit ist die Zahl der Mitglieder an beiden Orten höher als vorher. Leider haben wir auch in diesem Jahre wieder den Verlust eines Zweigvereins zu beklagen. Die Kollegen in Gunzenhausen waren bei Beginn der Beitragszahlung unter keinen Umständen zu bewegen, sich an das Beitragsabonnement zu gewöhnen, und so mußte den Kollegen gleich im ersten Quartal das Material abgenommen werden, obwohl für die dortigen Kollegen bei einem Stundenlohn von 81 $\frac{1}{2}$ die Organisation sehr nötig wäre. Daß in der Agitation nicht gespart wurde, geht aus folgendem hervor: Es fanden im Berichtsjahr 206 Versammlungen, teils öffentliche und teils Mitgliederversammlungen, statt, in denen Mitglieder des Gauvorstandes oder von ihm beauftragte Kollegen Vorträge hielten; an 27 Tagen wurde Haus- und Bautenagitation betrieben; in 20 Fällen wurden Kassenrevisionen vorgenommen; an 6 Tagen fanden Sitzungen mit Zweigvereinoberständen, Lohnkommissionen statt. Die Statistik über Lohn- und Arbeitsverhältnisse mußte gleichfalls in einer Reihe von Orten vom Gauvorstand oder dessen Beauftragten vorgenommen werden, wozu 12 volle Tage nötig waren. Der Gauvorstand selbst erledigte seine Geschäfte in 15 Sitzungen, die immer in Gemeinschaft mit dem Vorsitzenden des Zweigvereins Nürnberg stattfanden. Die vom Gauvorstand zur Agitation, wie alljährlich herausgegebene Flugschrift wurde im Monat März in 6760 Exemplaren zur Verteilung gebracht. Der Gauvorstand hielt außerdem noch 2000 auf Lager, die im Verlaufe des Sommers teilweise zur Agitation verwendet wurden. Mit dem Rest wurde während der Weihnachtsfeiertage in einigen Zweigvereinsbezirken Haussagitation betrieben. Aus nachstehender Tabelle ist ersichtlich, wie viele Maurer in jedem Zweigvereinsbezirk gezeigt wurden, und wie viele davon im Januar, wo die Mitgliedszahl am niedrigsten, und im Juli, wo in der Regel die Zahl der Mitglieder am höchsten ist, dem Verband angehörten.

Zweigverein	Best. der im Zweigvereinsbezirk vorhandenen Maurer	Bev. gebürtig dem Verbande an	Januar 1905	Juli 1905
Abenberg	97	54	66	
Amberg	109	15	15	
Ansbach	212	41	73	
Bamberg	426	265	391	
Bayreuth	290	124	220	
Burglauer	44	11	16	
Erlangen	161	92	105	
Erlmühle	221	—	54	
Eichstätt	79	—	18	
Fürth	166	14	12	
Heilsbronn	108	—	52	
Hof a. d. E.	181	35	180	
Kissingen	227	127	77	
Kronach	240	16	55	
Gulmabach	142	70	40	
Laud. a. Abg.	62	27	38	
Nürnberg-Fürth	2074	1077	1558	
Oberlauringen	?	9	5	
Pappenhausen	96	22	28	
Regensburg	455	22	228	
Rehau	50	52	99	
Rothenburg a. d. E.	59	26	21	
Rothenburg o. d. Ta.	182	—	34	
Schopfloch	312	116	146	
Schwabach	69	53	61	
Schwäbisch Hall	151	51	75	
Weidenburg i. B.	191	30	13	
Würzburg	865	38	269	
Summa...	7219	2416	8959	

Ein- und Austritte und dergleichen lassen sich nicht genau angeben, da sich wie bereits im Vorjahr bemerkbar, trotz wiederholter Mahnung nicht alle Zweigvereinsvorstände daran gewöhnen wollen, den Quartalsbericht an uns zu senden; andere dagegen senden ihn wohl, nehmen es aber mit den Angaben nicht ganz genau. Aus den eingangs Berichten ist aber ersichtlich, daß die Mitgliederzahl stabiler geworden ist. Auch mit der Beitragsleistung ist es von Jahr zu Jahr besser geworden. Im Jahre 1902 wurden pro Mitglied 31,63, im Jahre 1903 33,85, im Jahre 1904 36,66 und im Jahre 1905 37,34. Beitragsmärkte abgestellt. Letztere Zahl kann zwar keinen Anspruch auf Richtigkeit erheben, da auch im vierten Quartal 1905 noch englische Zweigvereine mit dem Quartalsbericht austreten; wir können aber mit der Veröffentlichung unseres Jahresberichtes nicht so lange warten, bis das Versäumte nachgeholt werden kann. Aber vielleicht an dem erwähnten Resultat nicht geändert werden.

Die Wirtschaftslage kann in ganz Nordbayern für das Berichtsjahr als gut, an sehr vielen Orten sogar als sehr gut bezeichnet werden. In allen Orten, wie im Vorjahr ein Teil der Maurer wegen Arbeitsmangels auswandern mußte, konnten im Jahre 1905 nicht nur alle einheimischen Maurer, sondern auch noch viele von außerhalb Arbeit finden. An vielen dieser Orte ist auch für das kommende, teilweise auch noch für das Jahr 1907 gute Aussicht auf Arbeit vorhanden. Diese günstige Bauleistung hatte den Erfolg, daß an einer ganzen Anzahl von Orten die Kollegen sich mit dem Gedanken einer Verbesserung ihrer Lebenslage vertraut machen, weshalb wir im Berichtsjahr mit mehr Lohn bezogenen als in den Vorjahren zu rechnen hatten. In Abenberg wurde durch Vereinbarung an Stelle der bisherigen elfstündigen Arbeitszeit die zehnstündige, sowie eine Lohnherhöhung von 3 $\frac{1}{2}$ pro Stunde erreicht. In Arnsberg dagegen ging die Belebung durch das katholische Verhalten der Kollegen aus wie das Hornberger Schießen, wenngleich eine Erhöhung des Lohnes von 2 $\frac{1}{2}$ pro Stunde erreicht worden ist. In Bamberg wurde im Vorjahr eine mündliche Vereinbarung getroffen, wonach vom 1. Januar 1905 an ein Lohn von 40 $\frac{1}{2}$ pro Stunde erhoben werden sollte. Das hatten aber alle Unternehmer während des Winters vergeben, die deshalb bei Beginn des Baujahrs recht ernst an ihr Versprechen erinnert werden mussten. Vier Bauprörper machten sich nötig, wovon die längste 14 Tage dauerte. Die übrigen Unternehmer ließen es auf eine Machtprobe nicht ankommen. In Bayreuth lehnten die Unternehmer nicht nur die gestellte Lohnforderung, sondern auch jede Handlung an. Der darauf folgende fünfständige Streit endete mit einem Vergleich, wodurch eine Lohnherhöhung von 4 $\frac{1}{2}$ pro Stunde im Durchschnitt erreicht wurde. In Erlangen wurde durch geschäftliche Vereinbarung eine Lohnherhöhung von 3 $\frac{1}{2}$ pro Stunde im Durchschnitt sowie auch in einigen anderen Punkten etwas erreicht. In Heilsbronn wurde, wie bereits oben angeführt, erst in diesem Jahr ein Zweigverein gegründet; aber trocken glaubten die Kollegen, mit der jungen Organisation sich eine Lohnforderung erlauben zu dürfen. Sie begingen dabei aber den Fehler, weiter dem Gauverband eine Mitteilung davon zu machen. Ja, man trat auch ohne jegliche Mitteilung in den Streit ein, der aber nur einen Tag dauerte, da inzwischen die Unternehmer eine Lohnausbeziehung verbrachten, die im Durchschnitt 4 $\frac{1}{2}$ pro Stunde betrug, womit sich die Kollegen zufrieden erklärten. Die Kollegen in Heilsbronn haben jedenfalls ein Beispiel gegeben, wie es nicht gemacht werden darf. In Hof, Kissingen und Weidenburg erledigte sich die Lohnforderung durch Zurückziehung der Forderungen. Die Bauleistung war zwar auch an diesen Orten gut, aber der zweite Faktor, die feste Organisation, fehlte bei den Kollegen; und somit tragen diese die Schuld selbst, wenn sich nichts erreichen ließ. In Kronach war es bis in die letzten Jahre Regel, daß jeder Maurer auch zugleich Steinmaler war. Dadurch aber, daß die Bauprnehmer seit einem Jahr Sandsteinlieferungen nach verschiedenen Orten in Deutschland übernahmen, hat sich die Tätigkeit eingeschlichen. Und so kam es, daß einzelne der früheren Maurer und Steinmaler heute nur mehr zu Steinmalerarbeiten verwandt werden. Zum Steinmalerbetrieb des Herrn Beyer hatte sich eine ganze Reihe von Märschen eingesetzt; auch Lohnabzüge im Spätwinter erfolgten. Eine Kommission, die bei der Firma vorstellig werden sollte, wurde benannt und bevor sie ihren Auftrag ausführen konnte, entlassen. Alle dort beschäftigten Kollegen protestierten dagegen und wurden deshalb gleichfalls entlassen. Die Folge davon war ein dreitägiger Ausstand, der mit einem vollen Siege der Entlassenen endete. In Kissingen, zum Zweigvereinsbezirk Würzburg gehörig, haben auch die Christlichen eine Lohnforderung gestellt, die noch im November eine Lohnherhöhung stellte. Unsere Mitglieder erklärten sich mit dem Christlichen solidarisch, obwohl diese uns kein Wort von ihrem Vorhaben gesagt hätten. Es wurde für die „besseren“ Arbeitskräfte eine gehärtigungslose Lohnherhöhung erreicht. Das ist ein recht fragwürdiger Erfolg, obgleich der christliche Streifführer seinen Kollegen nur immer empfahl, auf Gott zu vertrauen.

In Kauf- u. K. Nürnberg kam es gleichfalls zum Streit, der den Abschluß eines Arbeitsvertrages im Gefolge hatte. Am Stelle der bisherigen elfstündigen Arbeitszeit trat eine zehnstündige, und der Lohn wurde von 38 auf 42 $\frac{1}{2}$ pro Stunde erhöht. Einige andere Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden ebenfalls erreicht. Im Zweigvereinsgebiet Nürnberg-Fürth machten sich im Berichtsjahr 14 Bauprörper nötig, wovon drei auf die Unterprüfung entfielen. Hieraus ergab sich eine Ausperrung aller Profilarbeiter, soweit sie bei dem Arbeitsgeberverband angehörende Unternehmen beschäftigt waren. Die Ausperrung endete zwar mit seinem Sieg, es war aber auch keine Niederlage. In einer Unterhandlung vor dem Vorstande des Arbeitgeberverbandes wurde schriftlich vereinbart, was bisher Ufus war. Ob sich in den nächsten Jahren für die Profilarbeiter etwas Festes und Dauerndes erreichen läßt, erscheint bei dem wilden Arbeitsmarkt mehr als fraglich. Vier Bauprörper entstanden deshalb, weil die betreffenden Unternehmer sich weigerten, die Vereinbarungen zu halten. In allen vier Fällen wurde ein Sieg erzielt. Zwei Bauprörper,

entstanden, um zu Unrecht entlassenen Kollegen zu ihrem Rechte zu verhelfen, was gleichfalls erreicht wurde. Bei zwei Bauunternehmern der Bauhülfearbeiter wurden unsere Kollegen in Mittelfranken gezwungen, und in einem Falle wurde auf Antrag des Bauhülfearbeiters gegen den klaren Vorlaut des Kartellberichts der Sympathiekreis bestlossen. Über den Fall uns weiter zu äußern, wäre verfrüht, da noch nicht alle Instanzen gesprochen haben. Wir sind aber der Meinung, daß bei einem Vertrage, ganz gleich, wer die Kontrahenten sind, auf beiden Seiten das Verstreben vorhanden sein muß, die Vertragssbestimmungen zu erfüllen. Ganz ist man ohne einen solchen Vertrag besser daran. Eine Bauhülfearbeiterin machte sich nötig wegen schlechter Behandlung und schlechten Gerüstbaus. In beiden Fällen wurde das Gewünschte erreicht. In Rothenburg am Neckar kam es zum Streit, der schon nach drei Tagen zum Abschluß eines Vertrages führte, nach dem der Lohn sofort von 84 auf 88,- pro Stunde erhöht wurde. In drei weiteren Abstufungen steigt der Lohn bis zum 1. Januar 1907 auf 40,- pro Stunde, und mit dem 1. Januar 1908 tritt diese Vereinbarung außer Kraft.

In zehn Orten mit 882 Maurern wurde eine Erhöhung des Lohnes erreicht, und in zwei Orten mit 82 Maurern wurde die Arbeitszeit täglich um eine Stunde verkürzt. Die Lohnverhöhung betrug insgesamt für 50 Maurer 1½,-, für 183 Maurer 2,-, für 558 Maurer 40,- pro Stunde. Diese Vereinbarung gilt bis zum 1. Januar 1908.

In dem bereits begonnenen Jahre dürfte aller Voraussicht nach die Lohnbewegung ziemlich lebhaft werden, zumal, wie bereits oben erwähnt, die Bauteilunternehmer zu werden verspricht; auch erreichen an einzelnen Orten, darunter sogar sehr große, die schriftlichen Abmachungen ihr Ende.

Bei Streits, Unterhandlungen und dergleichen waren Mitglieder des Gauvorstandes in 64 Fällen resp. Tagen tätig.

Bezüglich des Bauarbeiterzuschusses konnten wir fast jedes Jahr infolge der in Bayern eingeführten Kontrolle eine Verbesserung feststellen. Ein Berichtsjahr war dies jedoch nicht der Fall. So man möchte fast sagen, es sei schlechter geworden. Die Unternehmer haben sich allmählich daran gewöhnt, die Bautontrollreiter reduziert zu lassen und dabei auf alle Arbeitszeitbestimmungen zu pfeifen. Die Strafen, die über Unternehmer für solche Vergehen verhängt worden, gehen seitens über drei Part im einzelnen Falle hinaus; dabei gehen aber in der Regel einer solchen "Bestrafung" ein oder zwei Verweise vorquellen. Weitere Mittel, als Anzeige zu erlassen (was aber von den Behörden fast überall nicht gerne gesehen wird), stehen den Bautontrollreitern nicht zur Verfügung, und unter solchen Umständen läßt sich der Schutz für Leben und Gesundheit der Bauarbeiter nicht fördern. In allen Orten, wo bis jetzt Bautontrollreiter nicht ange stellt sind, wird in derselben Weise wie vor Bestehe der Bauordnung vom 17. Februar 1901 weitergewirkt. Wenn nicht von der Regierung, was wohl vorläufig nicht zu erwarten ist, ein Druck auf die Gemeindebehörden ausgeübt wird, Bautontrollreiter angestellt, die gleichzeitig mit größeren Maßnahmen ausgerüstet werden, so werden wir wohl noch lange auf einen wirtschaftlichen Bauarbeiterzuschuß warten müssen.

In einigen Orten mit stark entwirter Bautätigkeit sind von uns an die Gemeindebehörden Anträge auf Anstellung von Bautontrollreitern nach § 66 eben erwähnter Bauordnung gestellt, aber abgelehnt worden.

Vom Ministerium des Innern sind im Juli 1905 Spezialvorschriften zum Schutze der Dienstboten befähigten Personen erlassen worden, um deren Durchführung sich aber bisher noch kein Mensch befürwortet hat. In Nürnberg ist man jetzt zwar daran, einen sieben Bautontrollreiter anzustellen, dem die Dienstboten zur Kontrolle übertragen werden sollen. Ob dabei aber nach den oben angeführten geleglichen Bestimmungen verfahren wird, erscheint mehr als fraglich. Von den bayerischen Baugewerbsberufsgenossenschaften sind zur Zeit im nördlichen Bayern zwei technische Aufsichtsbeamte tätig, deren ganze Tätigkeit aber mehr im Kontrollieren der Bautätigkeit und dergleichen aufsteht. Teilweise werden diese Beamten bei den Verhandlungssterminen vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung sogar als Rechtsanwälte, d. h. Vertreter der Beauftragten genannt, gegen die Verletzten verwandt.

Unternehmungen sind zur Zeit in unserem Gau mehrere vorhanden. Zunächst der Verband der Arbeitgeber für das Baugewerbe in Mittelfranken, dem die Unternehmer in Ansbach, Fürth, Rüssingen, Kronach, Kulmbach, Lauf, Nürnberg, Roth a. S., Schwabach und Schweinfurt angehören. Selbständige Verbände haben die Bauunternehmer in Bayreuth, Hof a. d. Saale und Regensburg gebildet.

Alle diese Vereine treten aber nur dann in Funktion, wenn die Arbeiter etwas verlangen. Es dürfte somit nicht ausgeschlossen sein, daß an noch einigen kleinen Orten die Unternehmer des Baugewerbes sich dem "Mittelrheinischen" angegliedert haben, ohne daß davon etwas bekannt wurde. Etwas mehr Tätigkeit entfalten die Unternehmer in Nürnberg mit ihrem Arbeitsnachweis, der zu Beginn des Baujahrs von den zugiebenden Arbeitern sehr viel in Anpruch genommen wurde; auch war auf allen Baustellen zu lesen, daß Arbeiter nur vom Arbeitsnachweis des Unternehmerverbands angestellt würden. Von unserer Seite wurde diesem Treiben keine Bedeutung beigelegt, und so fälschlich der Arbeitsnachweis allmählich ein. Alle diesbezüglichen Anschläge auf den Bauten sind verschwunden, und jeder Unternehmer resp. dessen Vertreter stellt die Arbeiter wieder selbständig an. Nun scheint sich aber dieser "Arbeitsnachweis" ein anderes Tätigkeitsfeld ausgesucht zu haben. Dafür folgendes Beispiel: Ein Unfallverletzter der bayerischen Baugewerbsberufsgenossenschaft erhielt die Vollrente, die ihm gefügt werden sollte. Im schiedsgerichtlichen Termin bezwangte der Verletzte, nicht arbeiten zu können; auch habe er seit dem erlittenen Unfall niemals gearbeitet. Der Vertreter der Berufsgenossenschaft erklärte diese Angaben als unwahr, denn es sei der Baugewerbsberufsgenossenschaft vom Arbeitsnachweis in der Fabrikstrafe die Witterung geworden, daß der Kläger dort um Arbeit nachgesagt und ihm auch solche nachgewiesen wor-

den sei. Dieses Vorlommnis ist jedenfalls dazu angeladen, die Antipathie der Arbeiter gegen die Arbeitsnachweise der Arbeitgeberverbände noch zu stärken.

Die Aufforderung ist im nördlichen Bayern erfreulicherweise im großen und ganzen unbekannt. Nur in Altbayern, Fürth und teilweise in der Umgebung sind es die sogenannten Kunterbusser (Broßkarbeiter), die fast in der Regel in Aufforderung arbeiten, und zwar in der Weise, daß ein Kolonnenführer die Arbeiten übernimmt und sie mit von ihm angestellten Arbeitern ausführt; die Arbeiter werden von ihm beliebig entlohn. Vom etwaigen Überfluß erhalten in der Regel die Mitarbeiter nichts, und deshalb tragen die meisten daran, selbst einen Bau in Aufforderung zu erhalten und dann selbstständig in gleicher Weise zu verabreden. Das ein solch wildes System zur Rohrbilderei führt und eine Organisation, in der die Kollegialität gepflegt werden kann, nicht aufzustellen läßt, ist hinlänglich bekannt. Ein Teil der Dienstleister arbeitet in Aufforderung. Dieses System scheint aber nicht allebei Beschäftigten angehören zu sein, und wird deshalb wohl über kurz oder lang in die Brücke gehen. In Unterfranken gibt es allerdings noch viele Maurer, die der Aufforderung huldigen, und zwar aus dem Grunde, weil sie, wie sie angeben, mit dem Stundenlohn nicht auskommen können. Allerdings ein Grund, der etwas Berechtigung haben mag. Allen jenen werden wir eben noch begreiflich machen müssen, daß sie, wenn sie solche Löhne erreichen wollen, daß sie damit sich und ihre Familie menschlich ernähren können; in unsere Reihen eintreten und mit uns den Kampf, dafür aufzunehmen müssen.

Um den Auswurf über die Zugehörigkeit zur Organisation und die Kontrolle zu erleichtern, haben wir Kontrollstellen herstellen lassen, die sich nach Angaben fast aller Zweigvereine bewußt haben. Es muß allerdings erwähnt werden, daß in den meisten Zweigvereinen die Kontrollen auf den Baustellen und dergleichen nicht streng genug durchgeführt werden, so daß auch dieses Kontrollsystem seinen Zweck verfehlt. Das Aufforderen ist in jedem auf den meisten Baustellen noch nicht so durchgeführt, wie es verlangt werden muß, und dies im Interesse des Ausbaues der Organisation notwendig ist. Die Gauheikräfte werden von fast allen Vereinen prompt bezahlt; nur einzelne müssen geholt werden. - Wohl lassen sich etliche Zweigvereine unlautere Manipulationen insofern zu schulden kommen, als sie entweder gleich in dem Quartalsbericht die Zahl der Mitglieder geringer angeben als in der Abrechnung an den Verbandsvorstand, oder sie zahlen überhaupt nur für die Zahl der Mitglieder Beiträge, die nach ihrer Angabe voll bezahlt haben. Daf wir uns auf solche Dinge nicht einlassen können, liegt auf der Hand. Als diese Kassierer von uns erfuhren, daß wir von ihrer Schließung Kenntnis hatten, haben sie sich solche Abzüge nicht mehr erlaubt.

In den inneren Verwaltungsgeschäften der Zweigvereine, besonders in der Buchführung, ist vieles besser geworden. Es ist aber doch noch nicht alles so, wie es verlangt werden muß. Besonders an den Eintragungen der geschäftsamen Beiträge lassen es noch sehr viele Kassierer fehlen. Bei den gegenwärtigen Unterstellungsinstanzien im Verbande muß hierauf aber großes Gewicht gelegt werden, wenn nicht Verband und Mitglieder zu Schaden kommen sollten. Sehr oft wird in den Zweigvereinen auch darüber gestagt, daß Kollegen zu Amtieren gewählt werden und diese auch annehmen, ohne sich ihrer Pflicht bewußt zu sein. Daher müssen im Verlauf des Jahres öfter Neuwahlen vorgenommen werden, was einen schlechten Eindruck macht. Hauptfachlich die Revisoren nehmen es mit ihren Aufgaben sehr leicht. Die Leitung von Versammlungen läßt von vielen Zweigvereinsvertretern auch ziemlich zu wünschen übrig. Die Beiträge werden im ganzen Gau in den Wohnungen der Mitglieder lässig; wir haben daher mit nur wenig oder gar keinem Erfolg versucht, es zu rechtfertigen.

Die Korrespondenz war im Berichtsjahr ziemlich umfangreich. An Eingängen hatten wir die Zahl 884 erreicht; davon waren Briefe 405, Postkarten 311, Drucksachen 62, Postanweisungen 60, Befehle 14, Telegramme 31. An Ausgängen sind 1272 Stück zu verzeichnen; davon Briefe 375, Postkarten 389, Drucksachen 430, Postanweisungen 24, Befehle 19 und Telegramme 35. Die Einnahmen an hämmern und Ausgaben der Gaulasse im Jahre 1905 ergaben folgende Zahlen:

G in n a h m e .

Kassenbestand am 31. Dezember 1904 M. 385,44
Vom Verbandsvorstand erhalten:
a) An Beiträgen auf Grund des Statuts 1716,71
b) Büchsen 1022,73
c) Auslagen für Streifelitung 191,61
Beiträge der Zweigvereine 800,75

Sonstige Einnahmen für Handzelte, Kontrollarten, Kontrollstempel-nebst Kissen u. dergl. 142,90

Summa M. 4280,14

A u s g a b e .

Für Beamtengehalt M. 1792,
eingangenen Arbeitsverdienst an andere Kollegen 138,82

" Diäten 783,70

" Fahrgeld 729,20

" Bureauunterschriften 38,60

" Drucksachen 83,

" Borte und Schreibmaterialien 126,06

Sonstige Ausgaben für Zeitungen, Verfächterung, Kontrollarten nebst Stempel und Kissen u. dgl. 168,59

Summa M. 8859,97

A b s c h l u s s .

Einnahme M. 4280,14

Ausgabe 3859,97

Kassenbestand M. 400,17

Revidiert und für richtig befunden. Die Revisoren: Hans Gerlach, Johann Engelhardt, Georg Kiesel.

Der Gauvorstand. J. A.: Johann Merkel

B e r i c h t e .

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vortragsreden sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Kurze Mitteilungen können noch Dienstagabend vorgenommen werden.

Wir machen wiederholte darauf aufmerksam, daß Gestaltungen und Adressenänderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

In die "Freiheit" zurückgekehrt ist am Donnerstag der Kollege Joseph Benedict aus Wattwil. Er war seinerzeit wegen Bedrohung galizischer Streitkräfte angeklagt und soll polnische Zeugen, die gegen ihn aussagen sollten, zum Meineid verleitet haben. Benedict hat dies im Prozeß vor dem Beuthener Landgericht auf das entsprechende in Abrede gestellt und beauptet, es könne lediglich um Missverständnis der Polen handeln, da er die politische Sprache nur sehr mangelschwer beherrschte. Von den angeblich beeinflussten hat im Letzten auch nur einer seine Entschuldigung aufrecht erhalten, während die anderen von einer Beeinflussung nichts wußten. Trotzdem wurde auf eine Strafe von einem Jahre Gutshaus erlassen. Nur ist die "Strafe" verbüßt, und wie wenig der "Gutshäuser" in den Augen der Wattwiler Arbeiter an Ansehen verloren hat, geht daraus hervor, daß man ihm am 6. Januar im dortigen Gewerkschaftshause einen ehrenvollen Empfang bereitet hat. Auch wir rufen dem schwerverprüften Kollegen ein herzliches Willkommen zu.

Düsseldorf. Freitag, den 29. Dezember v. J. tagte hier im Gewerkschaftshause eine außerordentliche Mitgliederversammlung, die sich mit inneren Vereinsangelegenheiten beschäftigte. Über die Aufhebung der Sperrre über die allgemeine Hochbaugesellschaft, ohne eine Erhöhung des Stundenlohns erzielt zu haben, gingen die Meinungen seinerzeit sehr weit auseinander. Ein Teil der Kollegen war der Meinung, daß, bevor nicht 60,- Stundenlohn und die 8-stündige Arbeitszeit erreicht werden sei, dirige die Arbeit auch nicht aufgenommen werden. Als in der früheren Versammlung die Kommissionssmitglieder für die Aufnahme der Arbeit eintreten, machte sich eine heftige Gegenstimme bemerkbar; einige Kollegen ließen sich sogar zu recht beleidigenden Äußerungen hinziehen, die schließlich am Ausdruck von zwei Kollegen führten. Die jetzige Versammlung befahlte sich nochmals mit derselben Ungelegenheit. Zunächst forderte der Kollege Dünz noch einmal den Verlauf der Sperrre und batete, daß unter den gegebenen Verhältnissen nicht anders gehandelt werden könnten. Darauf fand eine längere Diskussion statt, in der die einzelnen Kollegen der Meinung Ausdruck gaben, daß die Verhältnisse der Kollegen Rechte und Trabach doch nicht so schlimm seien, daß sie unbedingt ausgeschlossen werden müßten. Nachdem der Kollege Bönnigburg die Gründe für die Aufhebung der Sperrre angeführt hatte, und der Kollege Dünz einiges richtig gestellt hatte, erklärten sich die Kollegen Rechte und Trabach bereit, die beleidigenden Äußerungen zurückzunehmen, worauf die Versammlung den Ausdruck des eben ebenfalls amputierten Berichtigungen auf die Beleidigungen, die in dem Versammlungsbericht von Düsseldorf in Nummer 61 des "Grundstein" enthalten sind.

Groß Neuendorf. Am 31. Dezember v. J. wurde die regelmäßige Mitgliederversammlung unseres Zweigvereins abgehalten. Dieselbe war von den Kollegen nicht zum besten beurteilt. Im ersten Punkt der Tagesordnung verlas der Kassierer die Quartals- und Jahresabrechnung, die von den Revisoren bestätigt wurde. Bei der Wahl eines neuen Vorstandes wurde der bisherige Vorstand mit Ausnahme der Revisoren einstimmig wiedergewählt. Im dritten Punkt wurde von einigen Kollegen der schlechte Versammlungsbeginn und das Schäuben vor der Übernahme von Verwaltungsmätern scharf kritisiert. Dann wurde der Antrag betreffs Ankaufung eines Bücherschranks zur Schaffung einer Bibliothek einstimmig angenommen. In jedem Quartal soll ein Band zur Bibliothek angekauft werden. Nachdem noch einige Diskussionsreden gesprochen hatten, wurde die Versammlung geschlossen.

Kempten. Die Samstag, den 6. Januar, im Gasthaus "Zur Sonne" abgehaltene Mauererversammlung war gut besucht. Den Kollegen stand bloß ans Herz gelegt werden, sie möchten immer so vollzählig erscheinen, damit die Kollegen in anderen Gauen auch auf uns, im äußersten Süden Deutschlands, mit Stolz blicken können. Der Vorsitzende, Kollege Ott, verlas unter anderen auch ein Schreiben des Gauvorstandes, das wieder neues Leben in den Kollegen erwecken soll. Auch fanden wie durch einen Referat des Herrn Hagenauer mündliche Erklärung. Nach Bekleidung verschiedener Anlässe wurde die Versammlung geschlossen, worauf ein gemütliches Beisammensein folgte. Auch die Frauen waren gut vertreten; wir sehen, daß auch sie zu denken beginnen.

Melle. Am 7. d. M. wurde hier im Saale des Herrn Bott eine öffentliche Mauererversammlung abgehalten. Als Referent war Kollege Hildebrand-Bremen anwesend. Die Versammlung war von 87 organisierten Kollegen besucht. Kollege Hildebrand schrieb in seinem Referat die Lohnverhältnisse und Bewegungen im Gau Bremen und ermahnte die Kollegen, an der Organisation festzuhalten und die fauligen Kollegen aus der Umgegend auch für den Verband zu gewinnen. Der Vortrag fand lebhafte Zustimmung. Nachdem noch fünf neue Mitglieder aufgenommen waren, wurde die Vorstandswahl vorgenommen, hierbei wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Gau München. In Diessen am Ammersee fand am 31. Dezember eine gußeigene Mauererversammlung statt, worin Kollege Birnlämmel aus München referierte. Redner führte den Anwesenden vor Augen, daß

"Verschiedenes" wurde beschlossen, einen Kollegen, der langetranft gewesen ist, mit M. 15 zu unterstützen.

Zwickau. Eine öffentliche Maurerversammlung, die ziemlich gut besucht war, fand am 1. Januar im "Völkertheater" statt. Der Vertrauensmann, Kollege Zettel, gab zunächst eine kurze Übersicht über die Tätigkeit der Verbandsverwaltung am Orte. Danach haben 11 öffentliche Versammlungen stattgefunden, die sich im Grundsatz hauptsächlich mit der Lohnbewegung beschäftigt. Um die Organisation besser fördern zu können, sei die Stadt in 10 Bezirke eingeteilt und für jeden Bezirk ein Bezirksführer ernannt worden. Redner ermahnt bei dieser Gelegenheit den Bezirksführer zugleich, die ausgegebenen Fragebögen, den Bausatzmann abzulegen; der Pflege des geselligen Verkehrs haben einige Vergnügen stattgefunden. Von einer Lohnbewegung mußte absehen werden. Kleinere Lohndifferenzen in Hahnen und Kitzberg sind auf gütlichem Wege beigelegt worden. Hierauf erstattete der Kassierer, Kollege Winkler, den Kassenbericht. Die Gesamteinnahmen betrugen M. 5206,85 (M. 709,35 mehr gegen das Vorjahr). Daraus wurden an die Hauptstelle nach Hamburg M. 4003,82 geliefert, so daß am Ende noch Abzug des gestiebenen Renten- und Sierbergeldes M. 1167,03 verblieben. Von diesem letzteren Betrage wurden verwendet für das Gemeinschaftsamt M. 88,50, für den Kassierer M. 52, für Liquidation M. 271,85, für Sitzungen M. 40,50, für Post M. 101, für Kolportage (Zeitungsträger) M. 302,28 und für Drucksachen M. 119. Der Vorsitzende, über den Kollegen Seiter berichtet, weist eine Annahme von M. 328 aus, woraus hergeht, daß noch ein großer Teil der Mitglieder im Rückstand ist. Die Rentanten sollen daher aufgefordert werden, ihren Verpflichtungen nachzuhelfen. In der Diskussion beantragt Kollege Berger, die Ausgaben für die Vorarbeiten zur Lohnbewegung von der Hauptstelle zurückzufordern. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Dem Kassierer wurde hierauf Decharge erteilt und auf Antrag dem Vertrauensmann M. 50, dem Verbandskassierer M. 80 und dem Vorsitzender M. 15 für ihre Wahrnehmungen bewilligt. Die Debatte wurde schließlich nochmals auf den Vorsitzenden gelenkt, der den Zweck habe, kleinere Lohnkämpfe auf eigene Hand durchzuführen, ohne beim Hauptvorstand oder Gauleiter darum nachdringen zu müssen. Auch über die Form der Beitragsentziehung wurden verschiedene Vorstellungen gemacht, jedoch soll diese Frage erst in einer späteren Versammlung, und zwar bei Festlegung der Vorsitzende für das laufende Jahr, geregelt werden. In der Neuwahl der Ortsversammlung wurden gewählt: als Vertrauensmann Kollege Zettel, als Kassierer Kollege Friedrich. Das Gefüch eines frischen Kollegen wurde beachtet und ihm das statutengemäße Sankengeld aus der Ortskasse bewilligt. Mit einem Schlußwort des Vorsitzenden, für die Organisation sowie für das Abonnement des "Sächsischen Volksblatt" auch in Zukunft tätig zu sein, fand die Verhandlung ihren Abschluß.

Aus der Berliner Maurerbewegung.

Da Berlin alljährlich mit Kollegen aus fast allen Orten Deutschlands zu reden hat, dürfte es sich empfehlen, an dieser Stelle die wichtigsten Ereignisse des verlorenen Jahres in bezug auf das am Ort zwischen beiden Organisationen bestehende Verhältnis näher einzugehen.

Es ist eigentlich nicht unsere Aufgabe, auf die Rögerleiter und Quertriebereien der Vorsitzenden einzugehen, indem wir unsere Zeit zu nützlicheren Zwecken verwenden können; jedoch halten wir uns für verpflichtet, den deutschen Maurern im allgemeinen und den Berliner Kollegen im besonderen die gegenwärtige Haltung und Konsequenz jener Leute vor Augen zu führen.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Berliner Bauwesen sind — wie ja den meisten Kollegen bekannt sein dürfte — seit dem Jahre 1899 vertraglich geregelt. Bis zum Jahre 1901 gehörten die "Vorwärts" dem Vertrag als Kontrahent mit an, als man uns im Jahre 1901 die Leistungsklausel in den Vertrag mit hinein bugsierte, wogegen wir uns seiner Zeit ebenfalls wehrten. Es lag jedoch im Interesse der allgemeinen Bewegung, es war der damaligen Situation entsprechend, dennoch der Vertrag nicht scheitern zu lassen. Die Kurzsichtigkeit der Vorsitzenden — die sie jedenfalls schon optimal bereit hatten — ließ es jedoch nicht zu, den Vertrag zu unterzeichnen. Hierauf sei bemerkt, daß die so viel Anstoß erregende Form der Leistungsklausel mit der zu bearbeitenden Anzahl von Steinen bei Ablauf des letzten Vertrages entfernt und durch eine weniger gefährliche Form ersetzt worden ist.

Auf die eigentlich Wirkung des Vertrages im allgemeinen wollen wir nicht eingehen, jedoch verloren es sich, einiges hierzu zu bemerken. Ein Vertrag kann, kein mechanisch wirkendes Instrument sein, das fehlständig alle Unebenheiten in einem hügeligen Gelände vertilgt und eine glatte Fläche herstellt. Nein, es ist uns eine bloße Norm, eine Vorschrift, nach der sich die miteinander zu einem bestimmten Zweck Vereinigten richten wollen, um in einem bestimmten Verhältnis, das jeder bisher nach eigenem Willen behandelt, Einheitlichkeit und Ordnung hinzubringen.

Es muß daher jeder Kollege unter Verständigung der vertraglichen Bestimmungen agitieren und organisieren wie bisher; er muß die Lässigen und Trägen anstreben und die Bambelmitglieder kräftigen und festigen und alle von den großen Aufgaben unserer Zeit zu erfüllen suchen und sie von der Notwendigkeit der Solidarität und Bruderlichkeit überzeugen.

Nichts von alledem kann der Vertrag erfüllen. Auch die Durchführung des Vertrages geschieht nicht von selbst, da nun täglich jeder Obacht geben, daß jede einzelne Position erfüllt wird und jeder Kollege sich streng danach rückt. Also: nur wer einen Vertrag überschlägt, kann von seiner Wirkung enttäuscht werden.

Leider gibt es auch in Berlin Leute, die das alles wissen und doch anders handeln. Sie täuschen die Kollegen über die wahren Zustände und rücken dadurch Verwirrung an, indem sie den Vertrag für alles böse verantwortlich machen.

Die Taktik, sowie die Art und Weise des Vorsitzenden der Vorsitzenden sollte doch eigentlich jedem Kollegen klar sein. Wir können es verstehen, wie einem zu Nutzen sein mag, der alljährlich die Zahlen über den Entwicklungsgang des Centralverbandes vorgeführt bekommt und daneben die Stagnation des Fachvereins sehen muß. Es ist ja auch ganz erklärlich, daß die Vorsitzenden der Vorsitzenden Berlin-Lichtenberg nicht den geringsten Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen ausübt, etwas von ihrer Organisation seien wollen. Ihr Vorsitzender muß sich bemühen machen, wobei nach den schlechten Mitteln — was wird durch nachstehende Zeilen noch beweisen werden — gebrüllt wird, um sich wieder emporkämpfen zu können.

Raddem der Vorsitzender der Vorsitzenden bereitete jedoch Monate vor Abschluß des jetzt noch bestehenden Vertrages — der Offenheitlichkeit übergetreten hatte und nun vermutete, daß die Annahme des Vertrages perfekt werden könnte, versuchte er es, kurz vor Abschluß des Vertrages der Verbandsleitung knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Im Jahre 1901 und in den späteren Jahren war es die Leistungsklausel, mit der man operierte, in der die Leistungsklausel gegen den Vertrag und gegen den Verband etwas für sich herauszuholen. Auf diesem Paraderufen ritten diese Männer nur vier Jahre unterm und sagten: "Wir sind die Freiheit; wir sind die Organisation; in der ihr wohl aufgeworfen seid."

Im Frühjahr des verlorenen Jahres schien man der Ansicht zu neigen, daß dieses Argument allein nur nicht mehr ziehe; man propagierte deshalb die Verkürzung der Arbeitszeit, ohne Müßigkeit auf die Verhältnisse zu nehmen und ohne ihre praktische Durchführung, ernstlich im Auge zu haben und ohne prinzipielle Verfechter derselben zu sein; sondern nur, um wiederum sagen zu können: "Wir sind die Freiheit; wir sind die Organisation; in der ihr wohl aufgeworfen seid."

Auch im Frühjahr des verlorenen Jahres schien man der Ansicht zu neigen, daß dieses Argument allein nur nicht mehr ziehe; man propagierte deshalb die Verkürzung der Arbeitszeit, ohne Müßigkeit auf die Verhältnisse zu nehmen und ohne ihre praktische Durchführung, ernstlich im Auge zu haben und ohne prinzipielle Verfechter derselben zu sein; sondern nur, um wiederum sagen zu können: "Wir sind die Freiheit; wir sind die Organisation; in der ihr wohl aufgeworfen seid."

Auch wir erkennen nicht unseren Kollegen, die Verkürzung der Arbeitszeit in ihrer moralischen und wirtschaftlichen wundervollen Wirkung vollkommen an; haben jedoch von Aufstellung einer Forderung in dieser Beziehung vorläufig abgesehen, weil die Verhältnisse, die hierbei in Vertrag fanden, nicht so günstig waren, um eine solche Forderung durchzuführen. Die Vorsitzenden spielen sich auf als Leute, die nur allein im Stande sind, die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Berliner Maurer nach jeder Richtung hin zu vertreten. Man gab sich der Illusion selbst, daß jetzt der geeignete Moment gekommen sei, dem bestehenden Verband eins auszuwischen. Man berief zu diesem Zweck zwei öffentliche Versammlungen ein, um über den Verband und dessen Zeitung herzuziehen. Der Erfolg war aber ziemlich minimal, weil die Mehrzahl der Berliner Kollegen es vergaß, sich nicht an der Sitzung gegen den Verband zu beteiligen. Was bewegten jene Leute? Gimal mußten sie beweisen, daß ihr Dasein noch notwendig sei; dann hofften sie, indem sie unter unseren Kollegen Aufstellung nahmen, um so besser Mitgliedschaft in den so entstandenen Gewerken um so besser Mitgliedschaft treiben zu können; und drittens glaubten sie, bei Abschluß eines Friedens wieder als Organisation zur Anerkennung zu kommen.

Was sie durch Unfugbeitrag im Jahre 1901 weggeworfen haben, fehlt ihnen heute sehr dringend. Es wäre so schön gewesen, aber es hat nicht sollen sein. Wir werden gleich im Anschluß hieran den Beweis dafür antreten, wie sehr sich die Vorsitzenden nach Verträgen — gleichviel welcher Art, um nur zur Anerkennung zu kommen — jagen. Schon von jeher waren die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Steinbrüder beim Gewerbebericht sehr gut vertraglich geregelt; nur mit dem Unterschied, daß die Organisation hierbei ausgeschieden war. Daher kam es auch, daß die früheren Vertragsbedingungen einer Gefindeordnung gleichstanden. Als nun das Gericht laut wurde, der gelebt abgeschlossene Vertrag sei im Sinneverständnis mit der Verbandsleitung zu stande gekommen — was jedoch nicht der Fall war —, sahen wir uns veranlaßt, am 17. August eine Sperrnotiz im "Vorwärts" zu veröffentlichen.

Auf Grund dieser Annonce haben sich nun die dort beschäftigten Kollegen mit wenigen Ausnahmen veranlaßt, die Arbeit einzufallen. Noch am selben Tage wandte sich die Firma an den Verband der Baugeschäfte zwecks Beilegung der Differenz. Am nächsten Tage fand eine Verhandlung statt, wobei die Firma erklärte, alles bewilligen zu wollen, damit nur die Arbeit, die derzeit einen Tag geruht hatte, wieder aufgenommen werde.

Die Verhandlungen endeten mit einem beschließenden Resultat, so daß die Sperrnotiz aufgehoben werden konnte.

Da der Text des Vertrages erst festgelegt werden mußte, verpflichtete sich die Firma Friede, uns einige Exemplare der Arbeitsbedingungen nach den minderlichen Vereinbarungen zwecks Unterschrift vorzulegen. Bei Einräumung des uns zur Unterschrift vorgelegten Entwurfs mußten wir jedoch nachweisen, daß der Vertrag Bestimmungen enthielt, die bei den Verhandlungen gar nicht erwähnt wurden. Wir landeten deshalb den Vertragsentwurf mit dem Vorsitzenden, juridisch nicht unterschreiben zu können, da der Text nicht den geroffenen Vereinbarungen entsprach.

Wir stellten es der Firma K. Arheim, zwecks gegenseitiger Verständigung eine nochmalige Sitzung einzugeben. Wenn dies abgelehnt werden sollte, beschließen wir uns weitere Schritte vor. Um sich nun von neuem vor Arbeitsentlassungen zu schützen, zog es die Firma K. vor, eine Klärung der Angelegenheit eine zweite Sitzung einzurufen. In dieser Sitzung mußten wir zu unserem Erstaunen hören, daß der Vorsitzende des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berliner" den Vertrag, wie die Firma K. ihn ausgearbeitet hatte, anstandslos unterschrieben hatte.

Wir wollen an dieser Stelle nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß sich in der ersten Sitzung, nachdem die Vertragsbedingungen bereits durchgelesen waren, auch ein Vertreter des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer sowie ein Vertreter des "Verbandes östlicher Bauhandwerker" eingefunden hatten, um an den Beratungen mitzuwirken.

Dafür, der Verband östlicher Bauhandwerker" — um nur die Organisation zur Anerkennung zu bringen — iedem

Verträge zustimmt, unbelämmert darum, ob er den Mitgliedern Vorteile bietet oder nicht, ist uns bekannt; doch über die sogenannten Vertragsgegner einen Beitrag unterzeichneten würden, dessen Vorlauf ein ganz anderer war, als er nach den minderlichen Vereinbarungen sein müßte, widerprüht hätte, wenn sonstigen radikalsten Anhäufungen, da sie ja Vertragsgegner nicht wollen.

Jedenfalls wollen sie, ebenso wie die Christen, zeigen, daß sie noch da seien.

Die Unterschrift des Vereins, sowie die in der Nr. 36 der "Baugewerbeschaffung" zum Ausdruck gebrachte Freude der Christen, auch in der Hochburg der Gewalten zur Anerkennung genommen zu sein, war einer Null gleich. Als nun die Firma K. einsah, daß der Vertrag nicht unterschrieben, erklärte sie sich bereit, die geleisteten Unterschriften als null und nichts zu erklären, weil sie einfach, daß der Text nicht den geöffneten Vereinbarungen entsprach. Die Firma schloß dann mit unserer Organisation einen Vertrag, den wir demnächst veröffentlichten werden.

Während somit in fast jeder Nummer der "Gesetz" und in den Ausgaben des Vorsitzenden über die Verbände, ihre Kampfsätze und ihre Stellungnahmen zu den Verträgen losgezogen wurde, zog man es in diesem Falle vor, zu schweigen. Warum? Ebenfalls deshalb, um der Offenheitlichkeit nicht den Mut, der Offenheitlichkeit keine Einwendungen weiter nichts als Blundern zu machen.

In der letzten Nummer der "Gesetz" des vergangenen Jahres veröffentlicht die Gesellschaftsleitung des Freien Vereinigungs der Maurer Deutschlands einen Artikel, worin die "Schmuckerei", sowie die "Ehrenhaftigkeit" und "Gemeinheit" der Verbändler registriert.

Auf die im Artikel angeführten Fälle selbst gehen wir nicht ein, indem dies ja nicht unsere Aufgabe sein kann.

Es wäre aber angebracht gewesen, wenn die Geschäftsleitung der "Freien Vereinigung" die Berliner Verhältnisse, die sie im Laufe des verlorenen Jahres speziell im Fleißlegervertrag abgespielt haben, ebenfalls erwähnt hätte.

Da man dies von jener Seite verabsäumt hat — ebenfalls noch man nicht den Mut, der Offenheitlichkeit seine eigenen Standpunkte aufzufinden —, dürfte es vielleicht für manchen Kollegen von Interesse sein, folgendes zu erfahren:

In dem Verhandlungsbereich der Freien Vereinigung der Fleißleger vom 28. Dezember 1905 wird die Behauptung der Sektion der Fleißleger, die Einreichung der Mitgliederliste beim Gewerbebericht sei als Verwertung einer "honorablen Bitte" zu betrachten, als unbegründete Verdächtigung hingestellt. Da sich eine Verkennung des Gewerbeberichts ebenfalls mit dieser Angelegenheit beschäftigt und in ähnlicher Sinne wie die Freie Vereinigung ausgebrochen hat, halten wir es für unser Bild, die Tatsachen, welche uns zu der Behauptung Veranlassung gaben, zu veröffentlichen. Die Einstellung vom Fleißleger erfolgte schließlich in der Weise, daß arbeitslose Deger in den einzelnen Geschäften nach Arbeit anfragten und bei Bedarf eingestellt wurden. Dies war seit Jahren Mifus. Ein Lebhaftes hat sich für beide Teile (Arbeitnehmer wie Arbeitgeber) nicht bemerkbar gemacht. Trotzdem hielt die Freie Vereinigung es für einer modernen Organisation würdig, im März d. J. an die Unternehmer folgendes Schreiben zu richten:

Berlin, den 1. März 1905.

Herr ?

? Strafe ?

Hierdurch beeinträchtigt wir uns, Ihnen ergebnis anguziegen, daß die Sitz am 1. Januar 1905 neu gründete Freie Vereinigung deutscher Fleißleger, Ortsverein Berlin, einen Arbeitsnachweis eingerichtet hat.

Zwei derselben ist, den einzelnen Geschäften auf Belehrungen tüchtige, auverlässige und geschulte Kräfte zu schaffen.

Indem wir den Herrn Geschäftsinhabern dieses gut gefälligen Kennzeichnungsmittheilen, wir gleichzeitig darauf auf, daß sich der Arbeitsnachweis bei dem Kollegen und Restaurateur R. Bäterschle, Petersburgerstraße 81, port., befindet.

Wir hoffen, daß wir den Herrn Geschäftsinhabern im Bedarfsfälle völlig genügen können, und schmeideln uns. Sie werden unter Ergebnis nicht ohne genügenden Gedächtnis darauf zu nehmen, aus den Händen legen, hoffen vielmehr, uns mit Ihrem Vertrauen beahrt zu sehen, und zeichnen.

Z. A. der Leitung des Ortsvereins Berlin:

Bäterschle, Petersburgerstraße 81.

Obiges Schreiben, welches in dieser Form wohl noch nicht einmal bei der Vermittlung von Sachangelegenheiten so genutzt werden kann, ist der Freien Vereinigung noch nicht zur Bekanntmachung der Sektion. Bei dem Abschluß des jetzigen, so schönen, von den Unternehmen dictierten Vertrages glaubte man zur Bekanntmachung der Sektion ein übriges tun zu müssen, und die Vertreter der Freien Vereinigung schienen sich nicht, ein Protokoll zu unterzeichnen, in dem es unter anderem steht:

Die Vertreter des Arbeitgeber verfügen auf Erfordern der Arbeitgeber, daß sie eine Liste der Mitglieder des Vereins zu den Gewerbeberichten eingerichtet und eine Abschrift dieser Liste dem Herrn Cuhlsler innerhalb eines Monats überwenden werden.

Die Abschrift dieser Liste, die dem Arbeitgeber, Herrn Cuhlsler überhandt wurde, besaßen sämtliche Firmen. Die Folgen dieser Negligenz blieben für uns nicht aus. Bei verschiedenen Firmen, s. B. Rosenfeld, Schmidt & Below, Fromm & Hamm usw., sind verschieden unserer Mitglieder wegen Zugänglichkeit zum Verband entlassen worden. Ob wir nun ein Recht haben, zu behaupten, daß die Freie Vereinigung Arn in Arn mit den Unternehmen gegen die Sektion des Verbandes mit schwangeren Listern operiert, überlassen wir der Beurteilung des "Grundstein-leiter".

Wie die Vorsitzenden in Wirklichkeit an die praktische Durchführung der Verkürzung der Arbeitszeit gehen, tenne ich recht drastisch folgender Vorhang:

Am 28. Oktober v. J. war ein Vertreter des Verbandes zum ersten Male auf der Baustelle "Kaiserdorf" zwecks Regierung der Arbeitszeit. Die Sache wurde dem Verträge nach geregelt, indem die achtstündige Arbeitszeit eingehalten werden sollte. Am 7. November mußte wieder ein Vertreter des Verbandes dort erscheinen, weil neun Stunden

gearbeitet wurden. Bei dieser Verhandlung war auch Mehl als Vertreter des Lofalvereins zugegen. Der Verbandsvertreter forderte die Maurer auf, stritt die im Vertrag festgesetzte Arbeitszeit einzuhalten. Mehl tat dies mit dem Hinweis auf den Beschluss der Lofalorganisation, daß in der Zeit vom 1. November bis 1. Februar nicht länger als acht Stunden gearbeitet werden soll. Die Verhandlung verlief resultlos, indem die Kollegen, von einigen Ausnahmen abgesehen, die Arbeitszeit nicht einhielten wollten. Nach diesen Vorgängen fingen nun immer mehr Maurer auf diesem Bau an, und der größte Teil von ihnen weigerte sich, länger als acht Stunden zu arbeiten. Als nur die siebenstündige Arbeitszeit, den Vertrag entsprechend, eingehalten werden sollte, wurde dies von der Bauleitung verworfen, indem der Polier sagte: „Aweilei Arbeitszeit kann es nicht geben; wer nicht acht Stunden arbeiten will, hat Feierabend.“ Infolgedessen erhielten 20 Kollegen zentraler Richtung Feierabend. Der deswegen vorzeitig geworbenen Unterkommission, bestehend aus einem Unternehmer und einem Arbeiter, wurde die Antwort: „Es wird acht Stunden gearbeitet, da die Firma Ludwig & Bauer mit dem Vertreter der Lofalorganisation ein Abkommen getroffen hat, den ganzen Winter hindurch acht Stunden arbeiten zu können.“ (Kette Verfechter des Prinzips der verfügbaren Arbeitszeit) Die Einstellung der Entlassenen wurde abgelehnt.

Auf Grund dieser Vorcommis, und unter Umtriebung des Ausschusses im Weigerungsfall wurden nun von uns alle noch auf dem Bau beschäftigte Maurer zentraler Richtung durch eine Annonce aufgefordert, stellte die siebenstündige Arbeitszeit einzuhalten. Darauf legten noch einige Kollegen die Arbeit nieder, so daß nun insgesamt des Beschlusses der Lofalisten zirka 31 Maurer gemärgelt waren. Da man ging von jener Seite noch weiter, man besetzte einfach die freigewordenen Stellen der Gemärgelten mit Maurern lokaalistischer Richtung. Man glaubte nun, nachdem die Überläufer, die nur sieben Stunden arbeiten wollten, von der Baustelle entfernt waren, Ruhe zu haben und den Beschluß acht Stunden zu arbeiten, durchzuführen zu können. Man war ja nun endlich einmal anerkannt worden und hatte dem Unternehmer gezeigt, daß man im Stande sei, auch Autoren ohne die Vertragsmauer fertig zu stellen. Die Freude der Lofalisten sollte aber nicht lange dauern. Der Unternehmer wurde nämlich durch die Achtschneckenkommission gezwungen, sämtliche Entlassenen wieder einzustellen und die vertragsmäßige Arbeitszeit einzuhalten.

Dieser Fall zeigt so recht, wohin die Sonderbünde führt; die im Beruf festgelegten Arbeitsbedingungen werden nicht anerkannt, aber mit dem einzelnen Unternehmer trifft man eine Abmachung, und zwar so, daß die im Beruf festgelegte Arbeitszeit um eine Stunde überschritten wird. Das Urteil über diese Handlungswise überlassen wir unseren Kollegen; sie werden aus dem Gesagten herausfinden, wer mehr für die Verkürzung der Arbeitszeit tut, jene Leute, die wohl alles benötigen, aber nichts besser machen können, oder wir, die mit Sichere und Sicher auf die Erzeugung des Achtschneidentages hinarbeiten. Wir werden uns durch nichts von unserem Ziel abbringen lassen, mögen jene Leute auch noch so sehr schimpfen.

Emil Thöns.

* * *

Auf den in Nr. 1 der „Einigkeit“ enthaltenen Lettartikel werden wir in einer der nächsten Nummern des „Grundstein“ antworten.

Der Wahrheit die Ehre!

Auf Grund eines Artikels der „Baugewerkschaft“, Nr. 1, 1906, der sich unter „christlich“ mit der Kleinodsschafferei unseres Kollegen Deunig beschäftigt, fühle ich mich veranlaßt, nochmals auf die Sache einzugehen, um zu beweisen, wo Arbeiterversaft getrieben wird. Den Besuch des „Grundstein“ wird noch in Erinnerung sein, in welcher unverantwortlichen Weise zwei „christliche“ Maurer in der Affäre die Hauptrolle spielten und es möglich machten, daß ihr Arbeitskollege Weiß, Schoppe (Mitglied des Zentralverbandes) zwei Monate drei Tage hinter den Gefangennahmern schmachten mußte. Der Kollege Deunig, der neben den „christlichen“ Arbeitswilligen Lehndars und Chemnitz in der Sache Schoppe als Zeuge vernommen wurde, sollte hierbei einen Weintraub geleistet haben, infolgedessen er sofort verhaftet wurde. Der t. Korrespondent der „Baugewerkschaft“ schreibt: „Man berichtet von zwei christlichen Streitbrechern, bleibt aber den Beweis hierfür schwäbig.“ Da ich nun als Autor an beiden Verhandlungen (in Sachsen Schoppe Strafammer zu Duisburg am 3. März 1905, in Sachsen Deunig Schwurgericht Düsseldorf am 26. September resp. 25. November 1905) teilgenommen habe, erkläre ich folgendes: Auf die Fragen der Vorsitzenden der Strafammer und des Schwurgerichts an die christlichen Arbeitswilligen Lehndars und Chemnitz antworteten beide gleichlautend mit „Ja“. Auf eine Frage des Vorsitzenden der Strafammer an den „christlichen“ Lehndars, ob die Arbeitszeitstellung im Einverständnis mit der Leitung seiner Organisation geschehen sei, antwortete der Beige: „Ja; er wäre aber trotzdem bei der Arbeit geblieben.“ Dies wird dem Korrespondenten der „Baugewerkschaft“ Deunig genug sein, daß es christlich organisierte Streitbrecher waren, wie er selbst so treffend sagt. Hierbei muß bemerkt werden, daß in keinem der Artikel, die wegen dieser Affäre im „Grundstein“ veröffentlicht wurden, das Wort „Streitbrecher“ gebraucht worden ist.

Sei dies nur zu dem Zweck hier angeführt, um der Offenheitlichkeit zu zeigen, auf welcher Seite man schriftliche Mittel angewendet hat und wo die Streitbrecher zu finden sind. Dann fasst der Einflussender der „Baugewerkschaft“ von „Schutzzeugen, über die der Kollege Deunig froh sein könnte“; er nennt diese „Streitbrecher“, die auch von unserer Seite an dem Bau gearbeitet hätten. Auf diese gemeinsame Säge, wie sie ja auch nur von „christlichen“ zu erwarten ist, einzugehen, hieße diesen zu viel Ehre antun. Wahrheit ist, daß sich von allen Organisationen, die an dem in Frage stehenden Bau vertreten waren, Streitbrecher fanden. Es kann aber von „Schutzzeugen“ von unserer Seite keine Rede

sein, da die Streitbrecher aus unserem Verbande schon in der nächsten Mitgliederversammlung einstimmig ausgeschlossen wurden, wohingegen die Streitbrecher der christlichen Organisation noch bis zum 25. November 1905 Mitglieder der christlichen Organisation waren, also nicht ausgeschlossen sind, wie an Gerichtsstelle festgestellt wurde. Wer ist der t. Korrespondent so naiv, zu glauben, Deunig habe Streitbrecher als Entlastungszeugen angegeben und zum Termin laden lassen?

Seinen wahren Charakter und seine wahre Mäßigung bringt der t. Korrespondent aber dadurch zum Ausdruck, daß er schreibt: „Was läßt es fällt, ob der Betreffende (gemeint ist Deunig) in Freiheit befindet oder nicht.“ Hier steht man, wohin der christliche Fanatismus führt. Man sagt als „Christ“, auszusprechen; und wenn mein Arbeitskollege mit Weiß und Kind zu grunde geht, das läßt mich kalt. „Hui Teufel über ein falsches Christentum!“ Noch weiter auf die Moralausprägung eingehende, halte ich für überflüssig; ich will nur, da ich annehmen muß, daß der t. Korrespondent alles, was das Christentum lehrt und die Bibel schreibt, verlernt hat, ihm ins Gedächtnis zurückzurufen: „Du Heuchler, siehe am ersten den Balven aus Deinem Auge, danach siehe, wie Du den Splitter aus Deines Bruders Auge ziehest“ (Mark. 7, 5). Nachdem nun der „Christ“ den Stein nochmals durch seine Verleumdungen und Lügen in Rollen gebracht hat, will ich ihm verraten, daß wir im Kulturbereich Begriff sind, das darf sorgen werden, daß dieser schamähliche Arbeitervertrag nach Gebühr an den Pranger gebracht wird. In Gerichtsstelle ist zweimal bemiesen, daß es christliche Maurer waren, die den erbärmlichsten Arbeitervertrag begangen haben. H. Behrend.

Dies Urteil sollte allen Kollegen zum Beispiel dienen. Wir wollen an der Hand dieses Urteils nicht entscheiden, ob sich die ausgeschriebenen Statuten rechtfertigen oder nicht, aber es ist eine traurige Tatsache, daß bei dem Gerichtsauftakt von unseren Kollegen, und besonders wenn sie zu sog. Postengesellen abangieren, oft recht freudlich gefeiert wird. Ob artet es zu einem förmlichen Wettkauf der Kollegen untereinander aus, vor die waghalsigsten Stüden bringt; wer widerstreift, wird als „Angstmeister“ verabscheut. Das ist einmal ein Zeichen von Knobelspielerei, die sich darin gefällt, auf diese Weise das „Möglichste“ des Unternehmers zu erlangen; zum anderen aber auch ein Zeichen dafür, daß der Wert des eigenen Lebens und des Lebens der Mitkollegen recht gering geschätzt wird. Es wäre aber traurig, wenn hier nur durch Strafakten Befreiung gebracht werden könnte. Die Befreiung muß aus der Erkenntnis geboren werden, doch man sich selber, der eigenen Familie und aber auch den Kollegen gegenüber für größten Sorgfalt verpflichtet ist.

Aus anderen Berufen.

* Arbeitslosigkeit im Zimmergewerbe. Der Zimmerer verfeindet das endgültige Resultat der Erhebungen über die Arbeitslosigkeit am 10. Oktober 1905 zu den Erhebungen für den 11. Oktober 1899, den 14. Oktober 1902, den 14. Oktober 1903 und den 14. Oktober 1904.

Jahr	Besitzer	Mitglied	Nicht arbeits-		Arbeitslos waren wegen	Sektor
			in Spargen	Freizeit		
1899	247	12975	12874	95,88	254	1,95
1902	396	22991	20964	91,18	422	1,84
1903	430	28199	26140	92,50	611	2,16
1904	478	33125	30863	93,17	725	2,19
1905	477	32027	29515	92,15	669	2,09

Aus der Statistik sind die Zahlstellen ausgeschieden, die sich im Lohnkampf befanden. Es waren dies am 10. Oktober d. J. 5 Zahlstellen mit 831 Mitgliedern.

* Der Buchbinderverband zählt am Schlusse des dritten Quartals 1905 insgesamt 17121 Mitglieder, davon 6652 weiblich. Der Kassenbestand betrug M. 294 185,86.

* Der Verband der Handschuhmacher zählt am Schlusse des dritten Quartals 3789 Mitglieder. Der Kasenbestand des Verbandes betrug 1928 Mitglieder an.

Aus christlicher Werkstatt.

Ein sonderbares Brief ist uns durch einen niedischen Zufall in die Hände gelommen. Obgleich uns an dem Briefe vieles unverständlich bleibt, weil leider der zweite Bogen davon fehlt, wollen wir ihn doch unseren Kollegen unterbreiten. Die innersten Regungen der außerordentlich freundlichen Christenseelen finden darin einen Ausdruck, wie er so offensichtlich selten zu finden ist. Wie aus dem Briefe hervorgeht, wird man seinen Verfaßer innerhalb der Leitung der katholischen Fachabteilungen suchen müssen, der die folgenden Zeilen an einen der Fachabteilungsfunktionäre im Schaffen nicht direkt:

Berlin, den 17. Dezember 1905.

Bester Freund!

Ihr liebes Schreiben vom 29. 11. hat in unserem Kreise sehr gemischte Empfindungen ausgelöst, ja, ich darf wohl sagen, daß uns selbst ein Bericht so sehr in Anspruch genommen hat, wie der Briefe. Aus diesem Grunde wollen Sie auch die rechtlich süße Beantwortung entschuldigen. Die Richtigkeit und Abschauer, die Sie bei der Erfüllung Ihrer schweren Aufgabe zeigen, erkennen wir mit aufrichtiger Bewunderung an, und Sie können sicher sein, daß bei uns allen der lebhafte Wunsch besteht, Sie recht lange für unsere Sache wirken zu sehen. Auch Ihre Klagen über die bisher nur schwachen Erfolge ändern daran nichts. Im Gegenteil! Sie beweisen uns, wie sehr wir recht hatten, als wir Ihnen großen Hoffnungen so leicht gegenüberstellten. Immer wieder genommen sind unsere Erfolge immer noch größer, als wir selber zu hoffen wagten. Sie sind sogar, und damit komme ich zu dem Gegenstand unserer schwersten Bedenken, zu groß geworden! L. f. versieben Sie mich recht! Nicht an Zahl waren uns die Erfolge zu groß, sondern die „Aufzehrung der Geister“ scheint uns in gewissen Maßen übergetreten zu haben, das wir unseren Zielen nach nicht übertreten dürfen.

Wir waren erfreut, als wir Ihre Pläne für die Lohnforderungen lasen. Gewiß ist es richtig, daß wir auch für höhere Arbeitsstunden eintreten, aber so, wie sich die Lage in Schlesien entwickelt hat, kann sie kaum für unsere Siedlung förderlich sein. Das werden wir schon den roten und anderen Demagogern überlassen müssen. Gemäß den Grundzügen, die für uns, wie Sie wissen werden, dauernde Erfolg haben, kann es nicht für uns passen, uns in einem Betrieb um die meiste Lohnsteigerungen einzulassen. Wir wollen, wo das Bedürfnis dafür vorhanden ist, daß einzutreten, soweit das die nötige Rücksicht auf die Arbeitgeber zuläßt, aber hielten wir in uns davor, dies Ebedrf zu wollen. Diese Gefahr steht besonders dringend bei den Bauarbeiten vor. Dieser Drang nach dem Streiken am höheren Löhne ist der erste Schritt, um die Arbeiter, die eben gewonnen sind, wieder zu verlieren, und zwar nach zwei Richtungen hin. Einmal kommt es gar nicht ausreichen, daß uns die Sympathien, deren wir uns jetzt erfreuen, bald verloren gingen (nämlich die Sympathien der für uns verbundenen Herren Geistlichen und Gewerbetreibenden). Zum zweiten aber wäre es der erste Schritt, die Arbeiter dem demagogischen Radikalismus der interconfessionellen Gewerbevereine oder wohl gar den sozialistischen Organisationen auszutreiben. Das Schreiben der christlichen Gewerbevereine kann uns darin nicht befreien; sie glauben, es tun zu müssen, um mit den Sozialisten konkurrieren zu können. Aber wir haben die Gewissheit, daß es auch bei den Gewerbevereinen anfängt zu regen,

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 1. bis 6. Januar 1906 sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg M. 500, Brieg 300, Fürth 160, Templin 150, Moorbürg 150, Langenbecker 149,97, Brüderze 136,45, Schweizer 100, Steglitz 100, Breden 100, Leipzig-Gohlis 100, Bonn 100, Nieders 100, Kessin a. d. Havel 80, Briesenwald 60, Nauen 100, Badshagen 50, Summe 2579,74.

Zulauf erhielten: Berlin M. 3000, Cöln a. Rh. 300, Brieselau 200, Hohenbad 200, Friedländerhagen 200, Doberan i. M. 200, Königsberg i. Pr. 200, Langenbiek 150, Neu-Langenhagen 130, Niederrhein 120, Eberfeld 100, Gransee 100, Friedenau 100, Berlin a. d. Alster 100, Groß-Bökern 100, Hanööschen 100, Münster i. Westfalen 80, Festenberg 50, Landshut 50, Baderdorf 50, Lutter a. Vog. 50, Lippoldswiezel 30, Summe M. 5610.

Altona, den 8. Januar 1906.

Karl Reiss, Hauptpfleger, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschule, Submissionen etc.

Die Zweigvereinsstände werden dringend erfordert, über alle in ihrem Besitz befindenden Unfälle, mit kurzer Ausführung der Vorfälle und der überlebenden Folgen, umgehen an den „Grundstein“ zu berichten. Ebenfalls über die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Erlass von Arbeiterschubbestimmungen und über Submissionsergebnisse.

Gebissberg. An dem Neubau des Unternehmers Heinrich Weßbleb, belegten am Mühlweg, stürzte Donnerstag, 28. Dezember, eine Betonplatte ein. Ein Kollege, namens Schmidt, der Polier und ein Handarbeiter stürzten nach und fielen in den Keller. Der Polier erlitt eine Fußquetschung.

* Ein Baumstumpf vor Gericht. Ein bedauерlicher Betonstumpf führte am 8. Januar die Maurer Autas und Jannowski unter der Anlage der fabrikätzigen Tötung vor die achte Strafkammer des Landgerichts I. Berlin. Beide Angeklagten waren im Dienste der Beton- und Montierbau-Unternehmenschaft am Tunnelbau des Bahnhofs in der Beauftragung beschäftigt, und zwar hatte Autas die Säelung eines Vorarbeiters. An dem Tunnelbau war schon ein Holzgerüst in zwei Etagen zur Ausführung von Steinmeißelarbeiten aufgerichtet worden. Das ursprüngliche Gerüst war dann in der oberen Etage abgerissen worden, am 25. Oktober über ordnete Autas an, daß Jannowski das Gerüst in der ursprünglichen Form wieder herstellen solle, um die Bergungsarbeiten fertigstellen zu können. Es wird nun behauptet, daß Jannowski von vornherein die obere Etage nicht in der ganzen Breite des Gerüstes mit Betonen, belegt habe, sondern daß zwischen den Brettern und dem Holzfuß des Gerüstes nach hin ein ziemlich breiter leerer Raum geblieben sei. Auch soll die Leiteröffnung, durch die man von der unteren Etage des Gerüstes nach der oberen gelangte, hochstark und hochgefährlich mit einem Schlagländer verklebt gewesen sein. Als der Maurer Autas, ein 53jähriger Mann, am 25. Oktober auf diesem Gerüst in zweiter Etage arbeitete, muß er wohl, begleitet von der Tunnelschubabteilung entnommen in den leeren Raum zwischen dem Bretterbelag und der darüberen Schutzeinrichtung geraten sein; kurz, er fiel plötzlich in die Tiefe und blieb schwer verletzt liegen. Er wurde nach dem Krankenhaus befördert und ist dort am 30. Oktober an den Folgen der Verletzungen verstorben. Der Staatsanwalt machte die Angeklagten für den Unfall verantwortlich, den ersten, weil er sich nicht von der vorschriftsmäßigen Herstellung des Gerüstes überzeugt, den zweiten, weil er das Gerüst so mangelfhaft hergestellt habe. Nach dem Gutachten des Maurers Stoll lag ein Gerüst gegen die Vorrichtungen der Gerüstordnung und der Unfallverhütungsvorschriften vor. — Rechtsanwalt Leonhard Friedmann bedauerte, daß seinem Antrage zur Voruntersuchung nicht stattgegeben worden sei, und beantragte Freisprechung, da die Art des Unglücksfalls nicht genügend aufgeklärt sei. Der Richter verurteilte Autas zu sechs Wochen, Jannowski zu 14 Tagen Gefängnis.

dah auch die einsehen, daß diese Heberei nicht im Interesse ihrer Sache liegt. Und es ist ja auch so klar einzusehen, wenn man sich einmal auf den Standpunkt des Lohnkampfes stellt, dann ist die entschiedenste, energischste Form dieses Kampfes schließlich die beste. Befürworten wir also die Taktik der Lohnbewegungen, dann arbeiten wir nur für die roten Gewerkschaften, denn früher oder später, einmal müssen die Arbeiter das Ganze dem Halben vorziehen. Ich kann Ihnen versichern, daß sich auch bei den wirtschaftlichen Gewerbevereinen diese Erkenntnis bald bringt. Vor einigen Wochen hatte ich mit einem verständigen und bedeutenden Manne dieser Richtung eine Unterredung, wobei dieser aus freien Studien das bedauerliche Streitfieber beklagte. Er behauptete:

Weiter können wir den Brief leider nicht zitieren; hier ist der erste Bogen zu Ende und der zweite haben wir leider nicht erhalten. Es ist recht schade, daß der Brief gerade dort abbricht, wo die Auferkennung des „verständigen“ und „bedeutenden“ christlichen Mannes hätte folgen müssen. Sicher enthält der zweite Bogen noch viel interessante Beiträge zur Erforschung des Wesens christlicher Gewerkschaftsbewegungen. Doch aus das nur unvollständige Bruchstück, das wir hier wiedergegeben haben, ist äußerst überwoll für diesen Zweck. Die schlechten Arbeiter wissen nun, zu welchem Zweck sie von den verschiedenen Bentzums, gewerkschaften umworben werden. Die Facharbeiter möchten am liebsten jedes Streben nach höheren Löhnen, jedes Streben für eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Keime erstickt. Jede Lohnbewegung beginnt mit schönen Bildern, weil dadurch schließlich die Arbeiter dahinter kommen könnten, daß sie ihre Interessen nur im Kampf mit den Unternehmern wahren können, daß sie schließlich für die Haltung „christlicher“ Gewerkschaftslehre das Ganze der unabhängigen Arbeiterbewegung nehmen. Sehr interessant ist es, daß auch die sogenannten „christlichen“ Gewerkschaften anfangen, der Lohnbewegungen — oder der „Heberei“, wie es der Briefschreiber nennt — müde zu werden. Wir konnten uns das längst denken, daß das kommen würde. Die Auflehnung gegen die „von Gott gewollte“ Ordnung der Ausbeutung berträgt sich ja auch gütig zu schlecht mit der kirchlichen Demutlehre. Am gelegentlichsten kommt der Brief für unsere Freunde in Sachsen, und speziell in Oberösterreich: die Maße ist den Volksbrüder heruntergerissen; sie stehen in ihrer natürlichen Gestalt da, als Handlanger der besitzenden Klassen, als Verräter an den bedrückten und enteichten Arbeitern, deren Streben nach Zusammenschluß sie dazu bewegen wollen, um sie in neue Fesseln zu schlagen.

Polizei und Gerichte.

* **Streifzünder.** Freitag, den 22. Dezember, wurde der Maurer Karl Kramer aus Klein-Leubnitz vor der Strafkammer in Brieg zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte holt am 15. Mai v. J. während des Streits in Brieg die Arbeiter Hora und Bär befreit haben. Die Sache wurde im August schon einmal verhandelt. Auf Antrag des Anklagten wurde die Sache aber vertagt, weil er jede Schuld bestreitet. Obwohl acht Zeugen beurteilten, daß es dem Angeklagten an dem betreffenden Tage (von 8 bis 10 Uhr sollte es passiert sein) unmöglich gewesen, das Streifbüro zu verlassen, weil an diesem Tage besonders viel Arbeit zu erledigen gewesen sei, und Niemand den Kramer in dem Hof, wo Bär und Hora befreit sein sollten, gesehen habe, beantragte der Staatsanwalt einen Monat Gefängnis.

Am 29. Dezember standen der Maurer August Jünckse aus Breslau, der Maurer Matz aus Brieg und der Maurer Reimann aus Nathau vor der Strafkammer in Brieg, um sich ebenfalls wegen Streitvergehens zu verantworten. Jünckse stand im Juni in Brieg auf dem Bahnhoftoilettensitz. Als ihn der Schuhmann Feilh dies verbieten wollte, machte ihn Jünckse darauf aufmerksam, daß das Streitpostenrecht erlaubt sei. Feilh nahm darauf Jünckse beim Schoppen und wollte ihn ablehren. Darauf zollte Jünckse dem Schuhmann geflossen haben. Rechtsanwalt Simon wies nach, daß der Polizeisergeant dazu da sei, die Ruhe aufrecht zu erhalten, aber nicht das Recht habe, Streitposten freizugeben. Das Urteil lautete auf zwei Monate Gefängnis. Matz wurde wegen Bedrohung des Maurers Scholz zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Reimann wurde freigesprochen.

* **Nach dem Kampfe.** Acht Streifzünder aus Böhmen sind standen gestern vor den Schränen der Strafkammer zu Hagen. Sie sollten während der Bauarbeiterausprägung einige haftserhaltende Elemente (Streifzünder) beledigt seyn, bedroht haben. Sämtliche Angeklagten hatten sich deswegen schon einmal am 19. Oktober seyn, am 2. November vor dem Schöffengericht zu verantworten. Mit Bleistift hatte sich das Schöffengericht schon damals den Ausführungen des Justizratzen Langmann angeschlossen, indem es den § 153 fallen ließ, mit Ausnahme der Zimmermeister und der Angestellten freisprach, weil dieser Paragraph nur dann zur Anwendung kommen kann, wenn die Anklage den Nachweis erbringt, daß eine Beeinflussung der Streifzünder zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen vorliegt. Ein Lubenscheid war das nicht der Fall, vielmehr hatten die Unternehmer, wie überall im Industriegebiete, sich mit den Dorfmeistern der Unternehmern solidarisch erklärt und die organisierten Bauarbeiter einfach ausgesperrt. Der Amtsgericht konnte sich dieser ganz klaren Gesetzesauslegung nicht anschließen, sondern legte Verurteilung ein.

Zunächst wurde gegen die beiden Zimmermeister Karle und Klug verhandelt, gegen die das Schöffengericht in Lubenscheid den § 153 angewandt, und sie wegen Beleidigung seyn. Bedrohung mit je zwei Tagen Gefängnis bestraft hatte. Karle soll gesagt haben, wenn die Streifzünder weiterarbeiten, gäbe es noch böses seyn, heftiges Blut. Klug soll dem Arbeitswilligen hören die Worte „Du Lump“, „Du schlechter Hund“ zugeraufen haben.

Der § 153 wurde vom Schöffengericht in Abwendung gebracht, weil ein Zimmerer ausgesagt hat, es sei schon vor der Ausprägung über eine Lohnforderung in ihrer Verhandlung verhandelt worden. Es stellte sich heute heraus, daß der Betreffende kurz vor der Ausprägung eine Übung machen mußte und die Lohnforderung nicht beschlossen wurde. Der Staatsanwalt beantragte gegen beide

eine Woche Gefängnis. Justizrat Langmann, der auch heute die Verteidigung übernommen hatte, bekannte, er könne wohl nicht in den Verdacht kommen, die Bestrebungen der Sozialdemokraten zu unterstützen, hier handele es sich aber nicht um die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern um eine Abwehr gegen den Arbeitgeberbund, der diesen Kampf zuerst angefangen hat. Die Arbeiter haben in diesem Falle ebenfalls das Recht, sich zu wehren, ohne dabei dem § 153 in Konflikt zu kommen. Die Bündeshelden-Bewegung gehöre nicht zu den revolutionären Kreisen, es ist hier eine ruhige und besinnliche Arbeiterschaft. Es könnte aber durch ein falsches Urteil das Gegenteil eintreten. Ein Interesse seiner Vaterstadt hoffe er, daß das Gericht zu einer Freisprechung kommt. Das Gericht ließ dann auch die § 153 fallen. Karle wurde freigesprochen, Klug wegen Beleidigung mit 15 bestraft.

Ferner sollten die Bauarbeiter Karle und Klug den Streifzünder Schöing, der an einem Abend gegen 7 Uhr mit Abdecken der Böschungssteile beschäftigt war, angeklagt haben. Sicher enthielt der zweite Bogen noch viel interessante Beiträge zur Erforschung des Wesens christlicher Gewerkschaftsbewegungen. Doch aus das nur unvollständige Bruchstück, das wir hier wiedergegeben haben, ist äußerst überwoll für diesen Zweck. Die schlechten Arbeiter wissen nun, zu welchem Zweck sie von den verschiedenen Bentzums, gewerkschaften umworben werden. Die Facharbeiter möchten am liebsten jedes Streben nach höheren Löhnen, jedes Streben für eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Keime erstickt. Jede Lohnbewegung beginnt mit schönen Bildern, weil dadurch schließlich die Arbeiter dahinter kommen könnten, daß sie ihre Interessen nur im Kampf mit den Unternehmern wahren können, daß sie schließlich für die Haltung „christlicher“ Gewerkschaftslehre das Ganze der unabhängigen Arbeiterbewegung nehmen. Sehr interessant ist es, daß auch die sogenannten „christlichen“ Gewerkschaften anfangen, der Lohnbewegungen — oder der „Heberei“, wie es der Briefschreiber nennt — müde zu werden. Wir konnten uns das längst denken, daß das kommen würde. Die Auflehnung gegen die „von Gott gewollte“ Ordnung der Ausbeutung berträgt sich ja auch gütig zu schlecht mit der kirchlichen Demutlehre.

Am gelegentlichsten kommt der Brief für unsere Freunde in Sachsen, und speziell in Oberösterreich: die Maße ist den Volksbrüdern heruntergerissen; sie stehen in ihrer natürlichen Gestalt da, als Handlanger der besitzenden Klassen, als Verräter an den bedrückten und enteichten Arbeitern, deren Streben nach Zusammenschluß sie dazu bewegen wollen, um sie in neue Fesseln zu schlagen.

* **Streifzünder.** Freitag, den 22. Dezember, wurde der Maurer Karl Kramer aus Klein-Leubnitz vor der Strafkammer in Brieg zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte holt am 15. Mai v. J. während des Streits in Brieg die Arbeiter Hora und Bär befreit haben. Die Sache wurde im August schon einmal verhandelt. Auf Antrag des Anklagten wurde die Sache aber vertagt, weil er jede Schuld bestreitet. Obwohl acht Zeugen beurteilten, daß es dem Angeklagten an dem betreffenden Tage (von 8 bis 10 Uhr sollte es passiert sein) unmöglich gewesen, das Streifbüro zu verlassen, weil an diesem Tage besonders viel Arbeit zu erledigen gewesen sei, und Niemand den Kramer in dem Hof, wo Bär und Hora befreit sein sollten, gesehen habe, beantragte der Staatsanwalt einen Monat Gefängnis.

Am 29. Dezember standen der Maurer August Jünckse aus Breslau, der Maurer Matz aus Brieg und der Maurer Reimann aus Nathau vor der Strafkammer in Brieg, um sich ebenfalls wegen Streitvergehens zu verantworten. Jünckse stand im Juni in Brieg auf dem Bahnhoftoilettensitz. Als ihn der Schuhmann Feilh dies verbieten wollte, machte ihn Jünckse darauf aufmerksam, daß das Streitpostenrecht erlaubt sei. Feilh nahm darauf Jünckse beim Schoppen und wollte ihn ablehren. Darauf zollte Jünckse dem Schuhmann geflossen haben. Rechtsanwalt Simon wies nach, daß der Polizeisergeant dazu da sei, die Ruhe aufrecht zu erhalten, aber nicht das Recht habe, Streitposten freizugeben. Das Urteil lautete auf zwei Monate Gefängnis. Matz wurde wegen Bedrohung des Maurers Scholz zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Reimann wurde freigesprochen.

* **Nach dem Kampfe.** Acht Streifzünder aus Böhmen sind gestern vor den Schränen der Strafkammer zu Hagen. Sie sollten während der Bauarbeiterausprägung einige haftserhaltende Elemente (Streifzünder) beledigt seyn, bedroht haben. Sämtliche Angeklagten hatten sich deswegen schon einmal am 19. Oktober seyn, am 2. November vor dem Schöffengericht zu verantworten. Mit Bleistift hatte sich das Schöffengericht schon damals den Ausführungen des Justizratzen Langmann angeschlossen, indem es den § 153 fallen ließ, mit Ausnahme der Zimmermeister und der Angestellten freisprach, weil dieser Paragraph nur dann zur Anwendung kommen kann, wenn die Anklage den Nachweis erbringt, daß eine Beeinflussung der Streifzünder zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen vorliegt. Ein Lubenscheid war das nicht der Fall, vielmehr hatten die Unternehmer, wie überall im Industriegebiete, sich mit den Dorfmeistern der Unternehmern solidarisch erklärt und die organisierten Bauarbeiter einfach ausgesperrt. Der Amtsgericht konnte sich dieser ganz klaren Gesetzesauslegung nicht anschließen, sondern legte Verurteilung ein.

Zunächst wurde gegen die beiden Zimmermeister Karle und Klug verhandelt, gegen die das Schöffengericht in Lubenscheid den § 153 angewandt, und sie wegen Beleidigung seyn. Bedrohung mit je zwei Tagen Gefängnis bestraft hatte. Karle soll gesagt haben, wenn die Streifzünder weiterarbeiten, gäbe es noch böses seyn, heftiges Blut. Klug soll dem Arbeitswilligen hören die Worte „Du Lump“, „Du schlechter Hund“ zugeraufen haben.

Der § 153 wurde vom Schöffengericht in Abwendung gebracht, weil ein Zimmerer ausgesagt hat, es sei schon vor der Ausprägung über eine Lohnforderung in ihrer Verhandlung verhandelt worden. Es stellte sich heute heraus, daß der Betreffende kurz vor der Ausprägung eine Übung machen mußte und die Lohnforderung nicht beschlossen wurde. Der Staatsanwalt beantragte gegen beide

wiel. Daß der Sekretär des Verbandes zu den Verhandlungen nicht zugelassen wurde, ja nicht einmal als Beobachter teilnehmen durfte, nimmt sich für ein „freistehendes“ Stadtoberhaupt an sich schon recht nett aus, es bereist aber nicht besonders, ist man doch nachgewieben, daß in nichts mehr unterscheiden. Zur Übrigen aber halte sich der Oberbürgermeister mit einer ganzen Kette von Meisternschaften und den höchsten Vorgesetzten der Arbeiter ungeheuer. Außerdem waren eine ganze Anzahl der noch „aufriedenen“ Arbeiter aus den verschiedenen Betrieben ausgewählt, auszuholen zu der Audienz kommandiert worden, wo ihnen der Oberbürgermeister ein soziales Drama von gewaltig aufrüttender Wirkung vorführte. Von der Deputation in der allerbesten Form vorgetragenen Arbeitersprüchen wurden schroff abgelehnt. Am Schlusse wandte sich der Oberbürgermeister dann noch einmal an die beiden Arbeiter, die während der Verhandlungen das Wort geführt hatten, mit der Bemerkung: „Sie, Mohaupt und Reichelt, müssen doch zurückkommen. Sie sind doch beide schwer bestraft, womit gelingt sein sollte, daß sie eigentlich in städtischen Betrieben gar nicht beschäftigt werden sollten, und froh sein müßten, daß man sie überbrückt dulde. Deutlich empide: „Im Dienst noch nicht, Herr Oberbürgermeister.“ Der Oberbürgermeister: „Im Dienst nicht, oben in Prizet.“ Reichelt: „Es tut mir leid, Herr Oberbürgermeister, daß Sie mir das hier öffentlich vorhalten.“ Daraufhin wurde Reichelt vom Oberbürgermeister persönlich auf der Stelle entlassen und dieser ordnete die sofortige telegraphische Mitteilung davon an das betreffende Betriebsamt (Gasanstalt) an.

Reichelt war 14 Jahre lang von der Stadt beschäftigt und hat sich während dieser Zeit wieder in noch außer Dienst auch nur das Allergeringste zu schinden kommen lassen. Er in Gedankenberichtsleiter. Dreimal ist er im Betrieb schwer verunglückt. Um Gehnabschaffend erhielt er 24 Stunden hintereinander auf dem verantwortschaftsvollen Posten des Gaswerks gearbeitet. Seine Strafe liegt 24 Jahre zurück, also um zehn Jahre länger, als seine Beschäftigung bei der Stadt dauert. Sie besteht aus vierzehn Tagen Gefängnis wegen Unbefähigung; es handelt sich um eine Dummkopf, die er als junger Mann von 20 Jahren verübt hatte. Das ergibt nun ein, wohl gerechtes „liberales“. Stadtoberhaupt öffentlich aus, um Rache an der ihm unbehaglichen Organisation zu nehmen! Bemerkt ist nur noch, daß der in solcher Weise plötzlich brotlos gemacht ist, der ein sehr tüchtiger und bekannter Genosse ist, der sehr vom Verlage der „Wollschacht“ als Kolporteur angestellt worden wird. So hat denn der Breslauer Oberbürgermeister wider Willen durch seinen Streich einen Kampf gegen die kapitalistische Weltordnung, der bisher nicht im Stil der wirkte, in das vorherste Ohr des Streites gebracht. Solche Geschichten sind wert, daß sie aus dem Gedächtnis der Arbeiter nie wieder verschwinden, denn sie zeigen, was von diesen „liberalen“ Arbeitersfreunden zu halten ist.

Eingegangene Schriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 15. Heft des 24. Jahrgangs erschienen.

Die „Neue Zeit“ ist zum Preise von M. 2,25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Kommunale Praxis, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesocialismus, herausgegeben von Dr. A. Südlöw. Die neueste Nummer der „Kommunalen Praxis“, mit der der fünfte Jahrgang der Zeitschrift abschließt, bringt einen ausgedehnten Leitartikel aus der Feder von Paul Göthe, der sich mit der Stellung der Konfessionen zum preußischen Schulgesetz bewegt.

Vom 1. Januar ab wird die „Kommunale Praxis“ in einem neuen Gewande und wiederum bedeutend vermehrt erscheinen; Probenummern kann man jederzeit kostenlos vom Verlage der „Kommunalen Praxis“ in Berlin W 16 beziehen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 1 des 16. Jahrgangs zugegangen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen, beträgt der Abonnementspreis vierfachjährlich ohne Bestellgeb. 55 Pf.; unter Kreisgeb. 85 Pf. Jahresabonnement M. 2,60.

Von der „Wahr Jacob“ hat soeben die erste Nummer seines 23. Jahrgangs erschienen lassen. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Der „Süddeutsche Postillon“ Nummer 1 des 25. Jahrgangs. Einmal, in seiner prägnanten Ausführung tritt die Jubiläumsnummer ins Leben. Das Titelblatt verbindet die staatsmännische Weisheit, mit der Sachsen regiert wird. Banjelow bringt eine Satire „Russische Auflösung“, M. G. gibt eine sehr lustige Symphonie in vier hellfarbigen Bildern. Das Schlubblatt ist das neue deutsche Reichswappen mit drei verhängnisvollen Eiern. Das Letzt eröffnet ein Leitgedicht: Zum 25jährigen Jubiläum. — Biedermiers interessanter Brief. — Jubiläumsgebaende. — Das Menetekel von Herkules (Gedicht). — Was in der Welt vorgeht. — Die Ordnung (Gedicht) etc. — Die Nummer kostet wie selamti. 10 Pf.

Briefkasten.

* **Zur Beachtung für unsere Korrespondenten.** Was Du tun willst, das tu's bald. Wer dem „Grundstein“ etwas zu berichten hat, der soll damit nicht lange warten, sondern alle Bormannsche foltern. Dies gilt insbesondere für Bauunfälle u. -nicht minder aber auch für Verhandlungen u. - nicht Nebstationschluß ist für die jeweilige Nummer des „Grundstein“ am Dienstag Morgen. Vängere Berichte haben in der Regel nur dann Aussicht auf sofortige Erledigung, wenn sie spätestens Montags Vormittags eingehen.

* **Des Berichts Kürze sei seine Würze.** Schreibe kurz und bündig, was sich zugefügt hat und los

